

Nr. 156 Mai / Juni 2010

Das Spielemagazin aus der Roten Flora

IMK VERSENKEN

Bataille navale
Bataglia navale

SCHIFFE VERSENKEN

zeck

Liebe Festgemeinde,

der erste Mai steht vor der Tür und vieles andere auch. In diesem Heft findet ihr Ankündigungen zum Intersquat Festival in Berlin, gegen den Celler Trialog Kiel, die Militärfachmesse UDT und die Innenministerkonferenz in Hamburg. So viele Termine im "Krawallkalender" finden wir gut und wir erhoffen uns insbesondere eine starke Mobilisierung gegen die Innenministerkonferenz im November.

Wir lesen was wir wollen: Ganz besondere Grüße senden wir den Genoss innen der Interim und Prisma. Kurz vor dem ersten Mai, gab es in Berliner Projekten mehrere Hausdurchsuchungen um diese Zeitungsprojekte zu kriminalisieren. Vordergründiger Anlass war bei der Interim der Abdruck eines Mollibausatzes vor dem Hintergrund des dortigen ersten Mai. Wir senden an dieser Stelle solidarische Grüße, wünschen den Bullen, dass sie sich erfolglos die Füße wund laufen und singen gutgelaunt einen alten Punkrockklassiker mit: "Ein drittel Heizöl, zwei drittel Benzin…"

In der Ausgabe befinden sich auch Stellungnahmen zur SOL und B5. Dass die Auseinandersetzungen um die Blockade von "Warum Israel" nicht vergessen wurden und Konsequenzen für die Beteiligten nach sich ziehen unterstützen wir.

Zwei Datenträger die uns erreichten waren leider nicht zu öffnen (ein weiterer zum Intersquat Festival und einer zu "linke Eindimensionalität"). Da beiden kein Ausdruck beigelegt wurde hatten wir nicht die Möglichkeit die Artikel im Netz zu recherchieren oder aber abzutippen. Also hier der 999 Aufruf: Immer schön einen Ausdruck dem Datenträger beilegen - dann klappts auch (meistens) mit dem Abdruck. Achtet bitte auch darauf, dass eure Texte nicht kopiergeschützt und im besten Fall im rtf-Format und im doc-Format vohanden sind. Der Einsendeschluss für die kommende Ausgabe ist der 20.6.2010!

Wir wünschen allen einen heißen Sommer und brandneue Ideen um der Friedhofsruhe des herrschenden Normalbetriebes einen kraftvollen Widerstand entgegenzusetzen. Die Zähne zeigt wer das Maul aufmacht!

Z.

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf Datenträgern (CD,Diskette,...) mit bei- iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. CD s und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!).

Eigendruck im Se bstver ag.

8. Mai Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus!

Für uns ist das ein Grund zum Feiern!
Kundgebung Sa. 08.05. 14 Uhr Rathausplatz Pinneberg
Der 8. Mai steht für die Befreiung von der Nazidiktatur, für die militärische Zerschlagung und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.
Wer nicht feiert - hat verloren!

Veranstaltet von der Jüdischen Gemeinde Pinneberg
Antifaschistische Initiative Kreis Pinneberg

****

Neue Sicherheit

Veranstaltung der CDU Hamburg
Neuen Gefahren folgt neue Sicherheit folgt alte Polizeigewalt
Störaktionen bei Ahlhaus Veranstaltung

Am Dienstag Abend diskutierten Hamburgs Innensenator Ahlaus und der parlamentarische Staatssekretär des Bundesinnenministers Ole Schröder im Altonaer Rathaus über "neue Gefahren - neue Sicherheit".

Während Schröder sich hauptsächlich auf Gefahren durch das Internet bezog und sich für eine Verlängerung der Vorratsdatenspeicherung einsetzte, lamentierte Ahlhaus nur über die Angriffe auf Polizisten, den mangelnden Respekt und abgefackelte Autos. Anwesende AktivistInnen aus der antirassistischen, autonomen und Recht-auf-Stadt nutzten diesen Anlass, ihrem Protest auf vielfältige Weise Ausdruck zu verleihen und damit erfolgreich den geplanten Ablauf der Veranstaltung zu stören und vorzeitig zu beenden
Die Aktivist-Innen wandten sich gegen die deutsche und Hamburger Abschiebepolitik nach der europäischen Dublin II Verordnung, gegen die brutale Praxis der EU-Grenzschutzagentur Frontex wie gegen die Aufrüstung der Polizei sowie die alltägliche Polizeigewalt.

Von wessen Sicherheit bei Ahlhaus und Schröder die Rede war, zeigte die völlig grundlose Ingewahrsamnahme von drei AktivistInnen, bei der ein Sechzehnjähriger so schwer am Kopf verletzt wurde, dass er mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden musste.

****

"Music Hall" wegrocken!

Für den 13.4.2010 hatte das Bezirksamt Mitte zu einer öffentlichen Veranstaltung in das Wirtschaftsgymnasium St.Pauli an der Budapester Straße geladen. Die Behördenvertreter wollten angeblich ergebnisoffen über die Neugestaltung des freiwerdenden Real-Geländes an der Feldstraße diskutieren. Rund 250 Anwohner_innen nahmen ihnen Ergebnisoffenheit nicht ab, denn merkwürdigerweise ist bereits im September 2009 eine Music-Hall GmbH mit Sitz am Pferdemarkt in das Handelsregister eingetragen worden. Außerdem existiert schon ein 39-seitiges Papier, aus dem ganz klar hervorgeht, daß die Music-Hall mit 4000 Plätzen der Schwerpunkt der Pläne ist.
Um sich das Geseiere der Behördenvertreter_innen nicht anhören zu müssen, nahmen die Anwohner_innen die Veranstaltung in die eigenen Hände und formulierten, daß die geplante Music-Hall als neuer Eventpunkt in St.Pauli/Schanzenviertel nicht erwünscht ist, stattdessen wurden viele notwendige Einrichtungen und vor allem billiger Wohnraum vorgeschlagen.
Das Abendblatt fasste die Ereignisse wie folgt zusammen: "Nach 20 Minuten verlor Bezirkschef Markus Schreiber (SPD) im Wirtschaftsgymnasium auf St. Pauli die Geduld: Er schrie die Demonstranten an: "Das geht gar nicht!" und brach die Anhörung zur Zukunft der Rindermarkthalle ab. "Diese Form der Bürgerbeteiligung wird es in diesem Verfahren nicht mehr geben", sagte Schreiber später. Zuvor hatten Punks, Krawalltouristen, Autonome, Alkoholisierte und andere Protestler den Bezirkschef angebrüllt, mit Wasserpistolen beschossen und mit Konfetti beworfen. Eskaliert war der Streit, als Markus Schreiber versuchte, den Demonstranten ein Spruchband ("Die Stadt gehört allen") zu entreißen."
Dem Projekt wurde ein öffentlich wahrnehmbarer Widerstand entgegen gesetzt. Es ist mit der Aktion gelungen, die Legitimität einer solchen Halle im Kontext der Entwicklungen um das Schanzenviertel in Frage zu stellen. Das Thema "Music Hall" und der Protest dagegen wird die nächsten Monaten nicht zur Ruhe kommen.
Nach den diversen Umstrukturierungsmaßnahmen im Schanzenviertel wie dem Umbau des Wasserturms zur Nobelherberge, der Messeerweiterung und dem allgemeinen Gentrifizierungsprozeß würde ein solches Projekt ein weiterer großer Schritt der Aufwertung bedeuten.

Ja, stören!

****

3. Intersquat Festival

In Berlin findet vom 9. - 19 September das Intersquat Festival statt. Das Festival ist eine europaweite Vernetzung von besetzen Häusern, Projekten und Kulturzentren. Im Rahmen der Veranstaltung werden Demos, Konzerte, und Diskussionen stattfinden.
Intersquat entstand 2005 in Paris als große Versammlung verschiedener Pariser Squats und Künstlerkollektive statt. In dieser Versammlung wurde die Gründung eines Intersquat-Netzwerks beschlossen. Essenziell in diesem Netzwerk war die Diversität der Teilnehmer_innen. Ob Squat, konventioniertes Squat, Atelier oder Kollektiv, egal welche Organisation eine Gruppe hatte, sie war im Intersquat willkommen, insofern sie sich für die gemeinsamen Ziele engagierte. Was alle Mitglieder verband war die Ablehnung jeglicher Hierarchie und Superstruktur.
Das Intersquat in Paris hatte ermöglicht Erfahrungen und Kenntnisse bezüglich Rechtsfragen, Polizei, Lokal- und Sozialpolitik auszutauschen, sich gegenseitig kennenzulernen um mehr Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Squats aufzubauen und eine gemeinsame Orientierung über die eigene Position in der Gesellschaft, Konfrontation von Problemen, Organisation von Demos oder öffentlichen Aktionen etc. zu finden.
In Brüssel und 2009 in Rom fanden in der Folge größere Festivals statt, jeweils in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen. In Rom nahmen ca. 5000 Leute teil, davon 2000 aus Frankreich angereiste.
An dem kommenden Treffen in Berlin werden sich auch Gruppen aus der Roten Flora beteiligen um die zur Zeit laufenden Diskussion um den Freiraumbegriff, die Rolle des "besetzt" Status und die Unverträglichkeit des Projektes zu vermitteln. Das Intersquat bietet dabei die Möglichkeit zu einer Vernetzung für eine mögliche Kampagne zum Erhalt des Projektes im darauf folgenden Jahr.
Im März 2011 enden die Verträge zwischen Investor Kretschmer und der Stadt Hamburg. In Medien wird in diesem Zusammenhang immer unverholener ein "Ende" des Projektes Rote Flora gefordert. Seit Anfang des Jahres werden im Umfeld Strategien und inhaltliche Eckpunkte diskutiert wie die Flora gegen einen möglichen Angriff des Investors und Senates verteidigt werden kann. Wir fordern alle auf, sich an diesen Diskussionen in Hamburg zu beteiligen und auch das Intersquat in Berlin zu besuchen. In den nächsten Monaten wird es dazu ein Info und Mobilisierungstreffen in der Roten Flora geben.

AG "Support your local Squat"

Die Innenministerkonferenz

Warum wir gegen rassistische und

Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister bzw. -senatoren der Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits-, Verfassungsschutz- und Polizeiorgane. Sie findet zweimal im Jahr statt und wechselt jährlich den Ort. Dieses Jahr liegt der Vorsitz bei Innensenator Christoph Ahlhaus in Hamburg, wo zunächst am Donnerstag und Freitag, 27. & 28. Mai 2010 die reguläre Frühjahrskonferenz stattfinden soll.

Auf der Tagesordnung stehen immer Themen rund um den Begriff "Innere Sicherheit": Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten, "Ausländerrecht", "Bekämpfung des Terrorismus". Die IMK formuliert für bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen: Es geht um die Ausweitung und Verschärfung des Überwachungs- und Kontrollapparates, um die Erhaltung, Festigung und Verteidigung bestehender kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Machtverhältnisse dieses Staates - nach Innen und nach Außen.
Der organisierte Widerstand gegen die IMK wurde bis heute fast ausschließlich als traditioneller Kampf der Anti-Ra-Bewegung geführt. Dieses Jahr ist es anders: Der No-IMK-Vorbereitungskreis besteht aus einem breit gefächertem Spektrum linker Bewegungen! Im Mai und vor allem im November werden wir gemeinsam die Innenministerkonferenz delegitimieren, stören, unsicher machen!

Was genau die Teilnehmer der Konferenz alles thematisieren und/oder beschließen, ist nicht bekannt, vieles wird als "Verschlusssache" der Öffentlichkeit vorenthalten. Zwar werden auf Forderung des Vorsitzenden Innensenators Ahlhaus dieses Jahr die offiziellen Konferenz-Schwerpunkte auf Gewalt gegen Cops und Einsatzkräfte, Gewalt beim Fußball und Internetkriminalität gelegt, aber auch über andere Themen wird sicherlich gesprochen werden.

Welche konkreten Auswirkungen vergangene IMKs und dort gefasste Beschlüsse hatten, lässt sich an wenigen Beispielen verdeutlichen:

Ein Thema von zentraler Bedeutung der vergangenen IMKs waren viele der rassistischen Sondergesetze, welche Migration durch Asyl-Gesetze, Abschiebungen und Aufenthaltsrecht "regulieren" sollen. Als beispielhaft für die "marktorientierte Steuerung" von

Migration sehen wir die sog. "Altfallregelung" (Beschluss der IMK 2006). Was hier als Bleiberecht, also als zumindest vorübergehende Befreiung hunterttausender jahrelang geduldeter Menschen vom Damoklesschwert der Abschiebung angekündigt war, zeigte sich in der Realität nur als ein weiteres Instrument deutscher Behörden, um Menschen nach der Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu sortieren. Diejenigen, die der deutschen Wirtschaft nützen, sollen arbeiten, die Anderen sollen besser heute als morgen abgeschoben werden.
In Zeiten von sinkenden Einkommen, Massenarbeitslosigkeit und der gezielten Demontage sozialer Sicherungssysteme wird Migration vor allem als ein wirtschaftliches Problem und Auslöser sozialer Konflikte wahrgenommen, vor dem die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren ökonomischen Realitäten und Ausbeutungsstrukturen geschützt werden muss. Für staatliche Akteure scheint dies nur auf eine Weise zu gewährleisten zu sein: dem Ausbau staatlicher Macht.
Unkontrollierte Migration wird als Störung für den reibungslosen Ablauf des kapitalistischen Systems, und somit als Gefahr für die "Innere Sicherheit" gesehen. Der Begriff "Sicherheit" meint jedoch nicht das Wohlergehen aller Menschen, sondern die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und staatlicher Hegemonie.

Dazu werden Überwachungsmaßnahmen verschärft sowie Befugnisse und Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten ausgeweitet. Zu den Themen der IMKs gehörten in der Vergangenheit beispielsweise die verstärkte Videoüberwachung von Bahnhöfen, Plätzen, Stadien, die massive Ausweitung von Telekommunikations-Überwachung durch Polizeibehörden und Geheimdienste, die Vorratsdatenspeicherung, der Aufbau neuer (z. B. ELENA) und die Vernetzung bestehender Datenbanken (z. B. Anti-Terror-Datei), die Einführung eines biometrischen Ausweises, die Offenlegung und Kontrolle der Finanzen und somit Aufhebung des Bankgeheimnisses für Menschen, die Sozialleistungen beziehen müssen, undundund - die Liste ist lang...

Gleichzeitig nimmt Repression gegen immer mehr Menschen zu. Überall begegnet uns eine Verschärfung des Versammlungsrechts mit immer mehr willkürlichen Demoauflagen und -verbote. Auch das partielle Streikverbot wurde durchgesetzt, ebenso Anfänge von Schnellgerichtsbarkeit. Im Bereich des Fußball gibt es vermehrt Einschränkungen von Fan-Rechten, z.B. Stadionverbote. Nicht ins glänzende Konsum-Innenstadt-Image passende Menschen /Gruppen werden durch Orts-Verbote von öffentlichen Plätzen vertrieben und ausgeschlossen, öffentlicher Raum wird also privatisiert. Und die Ausländerbehörde hilft zunehmend gegen "Schwarzarbeiter_innen" vorzugehen - eine besonders krasse Form rassistischer Sonderbehandlung.

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) freut sich über seinen Konferenz-Vorsitz:

Er ist bekannter konservativer Hardliner, der sich ein Mal mehr als entschlossenen Law-and-Order-Sheriff darzustellen versucht. Ahlhaus nutzt die IMK als Möglichkeit, die stark repressive "Hamburger Linie" zum bundesweiten innenpolitischen Standard anzuheben: Was er unter "Innerer Sicherheit" versteht, ist in Hamburg nicht zu übersehen: Verschärfte Polizei-Einsätze gegen Demos und Fußballfans, der Kampf gegen linke Politik und Freiräume (sei es z. B. gegen die Rote Flora oder das Schanzenfest) durch massive Überwachung und Schläger-Cops, aber auch die besonders konsequente Durchsetzung der Hamburger Asylgesetzgebung, sowie das strikte Vorgehen gegen "kriminelle Ausländer". Der Tod zweier Menschen in Abschiebehaft in den letzten Wochen ist nur eine von vielen tragischen Konsequenzen seiner Politik.

unsicher machen!
repressive Politik sind

Parallel wird auch die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben: Unter dem Stichwort "zivil-militärische Zusammenarbeit" (ZMZ) werden zivile Einrichtungen zunehmend militarisiert. Der ausgeweitete Aufbau des "Katastrophenschutzes" geht einher mit dem vermehrten Einsatz der Bundeswehr im Innern, der Privatisierung von Teilbereichen der Bundeswehr und dem Kampf um mehr gesellschaftliche Akzeptanz für deutsche Kriegseinsätze. 2010 soll der Aufbau von bundesweit über 400 so genannten "Verbindungskommandos" abgeschlossen sein, welcher schon 2005 von der IMK beschlossen wurde. Die Verbindungskommandos der Bundeswehr sollen im "Krisenfall", also auch bei Aufständen oder Streiks u.a. den Schutz/ die Verteidigung der sensiblen, so genannten "kritischen Infrastruktur" des Staates garantieren. Darunter fallen unter anderem Regierungsgebäude, Banken, Telekommunikationsanlagen, (Atom-)Kraftwerke und Verkehrswege - bisher war dies ausschließlich Aufgabe der Polizei. Der Staat installiert hier flächendeckend eine unscheinbare militärische Struktur, um Widerstand seiner Bürger_innen im Falle eines Falles schnellst möglich zu zerschlagen.

Rassistische Sondergesetze, verstärkte Überwachung und Repression, aber auch die zunehmende Militarisierung sind nicht gesondert zu betrachten, sondern stehen untereinander im Zusammenhang: Sie sind die sichtbarsten Teile einer gesamtgesellschaftlichen autoritären Formierung. Diese hat einerseits ihren Ausgangspunkt in der massiven Zuspitzung sozialer und ökonomischer Konflikte der letzten Jahrzehnte, zielt andererseits aber auch auf die weitere Fortführung neoliberaler Politik und deren Absicherung. Die Aufrüstung des Sicherheitsstaats ist nur ein Teil dieser Entwicklung. Diese zu legitimieren und Alternativen undenkbar zu machen, ist die Aufgabe eines auf immer mehr Themen ausgedehnten Sicherheitsdiskurses, dessen zentrale These die strukturelle Unlösbarkeit kapitalistischer Widersprüche und daraus resultierender Konflikte ist. Stattdessen wird deren Unterdrückung mittels immer härterer Repression propagiert. Kennzeichnend ist insbesondere die angestrebte Verlagerung staatlicher Eingriffe weit in das Vorfeld potentiell auftretender Konflikte, also eine möglichst allumfassende Prävention. Dazu gehört auch der Versuch, die Menschen als Objekte, d.h. von Repression und Überwachung Betroffene, in das System und die präventive Logik des Sicherheitsstaats einzugliedern, dass sie diese Ideologie verinnerlichen und sie letztendlich zu vereinnahmten Subjekten, einem mitwirkenden Teil dessen werden zu lassen.

Das offizielle Programm der IMK steht erst wenige Tage vor jeder Konferenz der Öffentlichkeit zur Verfügung. Das Rahmenprogramm ist jedoch aus den letzten Jahren bekannt: Mittwochabend (26.5.) finden inoffizielle "Kamingespräche" statt. Die Tagung beginnt Donnerstagmorgen (27.5.), Pressetermin wird voraussichtlich Freitagmittag (28.5.) sein.

Der Vorbereitungskreis, der sich zusammengefunden hat, um zu Protesten gegen die IMK zu mobilisieren, umfasst Gruppen und Einzelpersonen aus den verschiedensten politischen Spektren. Auch dies macht deutlich, dass die Maßnahmen, die auf der IMK besprochen werden, Spektren übergreifende Repression bedeuten, uns alle angehen und deswegen auch gemeinsam bekämpft werden müssen! Lasst uns zusammen gegen die Innenministerkonferenz aktiv werden! Ob im Mai oder November, oder auch in jedem anderen Monat, beteiligt euch an verschiedenen Aktionen. Lasst uns deutlich machen:
Wir wollen ein Leben frei von Kontrollen und Überwachung, keinen Krieg und kein Militär, keine Repression, keinen Rassismus, keine Festung Europa und keinen Kapitalismus!

Bündnis gegen die Innenministerkonferenz
no-imk.blogspot.com
Kontakt: no-imk@nadir.org

Kommt alle nach Hamburg!

Sie bereiten am 27. & 28. Mai die IMK für November vor - wir unseren Widerstand!
Die IMK findet jährlich zwei Mal statt. Die Mai-Konferenz dient u.a. der Vorbereitung der Hauptkonferenz im November. Wir fordern alle auf, im Mai nach Hamburg zu kommen, um uns zu vernetzen, um breiten Widerstand gegen die Innenministerkonferenz im November zu organisieren und erste Aktionen zu starten!
Erster Anlaufpunkt/Infopoint ab 27.05.: Centro Sociale, Sternstr. 2, HH

Hamburg unsicher machen! - Innenministerkonferenz ins Wasser fallen lassen!

Save the Dates:
Innenminister Konferenz unsicher machen! | 27. und 28. Mai, Hamburg
Kriegsmesse "UDT - Europe Undersea Defence Technology" stören! | 8.-10. Juni 2010, Messehallen 1, Hamburg
"Celler Trialog" versenken!" | 01. - 03.09., Kiel
Innenminister Konferenz unsicher machen!, 18. und 19.11., Hamburg

Schulterschluss von Bundeswehr, Wirtschaft und

Gegen den "Celler Trialog" 2010 in Salzau (*bei Kiel) den antimilitaristischen

2007 initiierte der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank, Oberstleutnant d.R. Klaus Peter Müller, zusammen mit dem Kriegsministerium ein neues Gremium zur Militarisierung der deutschen Politik, den sogenannten Celler Trialog. Vom 1. bis 3. September findet der Trialog dieses Jahr in Kiel statt, da die Partnereinheit des Treffens, die 1. Panzerdivision in Hannover, sich als Leitdivision in Afghanistan im Kriegseinsatz befindet. Das schleswig-holsteinische Landeskulturzentrum Gut Salzau in der Nähe der Landeshauptstadt ist der Ort des Konferenztages.
Ziele des Celler Trialogs sind die Förderung von Reservisten in Industrie und Wirtschaft, die Intensivierung zivil-militärischer Zusammenarbeit, die Verankerung militaristischen Denkens, auch in Forschung und Lehre an den Hochschulen, und die Stärkung eines dauerhaften, praxisorientierten (=kriegsorientierten) Austauschs zwischen Politik, Wirtschaft und Bundeswehr. Die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt und verlaufen deswegen nach Aussage der Veranstalter sehr offen. Hier wird das Kriegsgeschäft der Zukunft betrieben zum Nutzen derjenigen, die wissen, welche Probleme die Aufrechterhaltung ihrer jetzigen Weltwirtschaftsordnung in Zukunft bringen wird.
Das Motto des Celler Trialogs lautete dieses Jahr: "Handel und Wandel - Maritime Herausforderung und nationale Interessen." Damit wird ein Schwerpunkt gesetzt, der für den Kriegshafen Kiel, die Rüstungsindustrie an der Förde und die Verherrlichung militaristischer Traditionen steht.

Militarisierung grenzenlos - nach innen und außen
Systematisch betreibt die Kriegs-Lobby die Militarisierung der innenpolitischen Verhältnisse. Die seit dem 11. September 2001 gebetsmühlenartig herausgegebenen Terrorwarnungen sollen die Vorbehalte und Proteste gegen die gesetzlichen Änderungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren im Keim ersticken. Dabei bleiben die Pläne keineswegs bei der Bekämpfung von Al-Qaida & Co. stehen, sondern sehen ausdrücklich den Einsatz gegen Streikbewegungen und Demonstrationen im Innern vor, wie 2007 beim G8-Gipfel in Heiligendamm zu sehen war. Dort wurden im Rahmen so genannter Amtshilfe zur Einschüchterung Tornado-Jets und Panzerfahrzeuge zur "Aufklärung" eingesetzt. Zur besseren Koordination der Bundeswehr mit zivilen Behörden werden flächendeckend sogenannte Verbindungskommandos aufgebaut, wodurch die Trennung des Militärischen und Zivilen aufgehoben wird.

Forschung für den Krieg
Die Zunahme von militärischen Interventionen bedeutet, dass neben explizit wehrtechnischer auch nichttechnische, sozialwissenschaftliche und medizinische Forschung wichtig geworden ist. Einer der - nach den vergebenen Geldmitteln - bedeutendsten Kooperationspartner der Bundeswehr war und ist das Anthropologische Institut in Kiel. Hier werden die wissenschaftlichen Grundlagen für die Belastbarkeit des "Soldatenmaterials" im Krieg abgezweigt. Kiel, bedeutender Standort maritimer Rüstungsproduktion, bietet sich auch wegen des Schifffahrtsmedizinischen Instituts der Marine als Tagungsort des Trialogs an. Die Kooperation von dessen wehrmedizinischem Forschungsbereich mit der Kieler Universität zeigt sich in gemeinsamen Veröffentlichungen und der Integration des Bundeswehrinstituts in das Institut für Experimentelle Medizin: als Sektion Maritime Medizin. Die wegen der vermehrten Kriegseinsätze der Bundeswehr gehäuft auftretenden posttraumatischen Belastungsstörungen werden in Kooperation mit dem Institut für Medizinische Psychologie der Universität untersucht. Auf einer ganz anderen Ebene arbeitet das Kieler Institut für Sicherheitspolitik (ISPK), das personell und organisatorisch eng mit dem Institut für Politische Wissenschaften verknüpft ist. Das ISPK versteht sich als Gegengewicht zur Friedens- und Konfliktforschung und fungiert als wissenschaftlicher Stichwortgeber für aktuelle "sicherheits"politische Diskurse.

Krieg als Ballerspiel
Um die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr sicherzustellen, nehmen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr an Schulen, auf Jobmessen und in Arbeitsämtern zu. Jugendoffiziere besuchen einzelne Klassen oder Jahrgänge, um den "Beruf Soldat" schmackhaft zu machen. Es werden gezielt Jugendliche mit schlechten Zukunftsaussichten angeworben, die mit der Möglichkeit einer Ausbildung und eines guten finanziellen Verdienstes geködert werden. Besser gebildete Jugendliche werden mit einem kostenlosen Studium und guten Karrierechancen angelockt. Die Bundeswehr erstellt Lehrmaterialien, die kostenlos an Lehrkräfte weitergegeben werden, um so Einfluss auf Unterrichtsinhalte zu nehmen. In letzter Zeit wurden mehrere Vorfälle wie z.B. in Eutin und Todendorf bekannt, bei denen die Bundeswehr Schulklassen bei Truppenbesuchen zum Benutzen von Schießsimulatoren animierte.

Militärische Flüchtlingsabwehr
Flüchtlinge, nicht Fluchtursachen, werden zum Sicherheitsrisiko erklärt und militärisch bekämpft. Deutschland ist federführend bei der Militarisierung der Grenzen und bei der Ausstattung der zwischenstaatlichen "Grenzschutzagentur Frontex", die nicht nur im Mittelmeer, sondern auch an den Landgrenzen im Osten und Süden Europas und auf Flughäfen Flüchtlinge abfängt und sie am Zugang zu Asylverfahren hindert. Die Wirtschaft vieler Länder des globalen Südens vermag ihrer Bevölkerung trotz enormer Bodenschätze und landwirtschaftlicher Ressourcen keine ausreichende Lebensgrundlage zu bieten. Neben dem kolonialen Erbe, ethnischen und religiösen Konflikten und der Klimaveränderung ist hierfür die Zerstörung binnenwirtschaftlicher Strukturen zugunsten weltmarktorientierter, häufig von Monopolen kontrollierter Produktion verantwortlich. Insbesondere die Länder Afrikas werden durch bilaterale Verträge mit Ländern des reichen Nordens zu Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln degradiert. Als Folge vegetieren Millionen ums Überleben ringende Menschen als Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern der jeweiligen Herkunftsregion unter katastrophalen Bedingungen ohne jede Zukunftsperspektive. Tausende von Menschen werden beim Versuch, Europa zu erreichen, in den Tod getrieben.

Krise und Krieg
Zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung ist jedes Mittel recht: Es werden ethnische Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg angeheizt, um "humani-

Im Verg e ch zum Vorjahr st 2009 der Rüstungsetat um 1,7 M arden Euro auf 31,2 M arden gest egen. Dam t st das M tärm n ster um das Ressort m t der zwe tgrößten Zuwe sung von Bundesm tte n. D ese Po t k geht n cht nur m t e ner Verschärfung des So z a abbaus, sondern auch m t e nem nnenpo t schen Demokrat eabbau e nher.

Politik behindern:
Widerstand organisieren!

täre Interventionen" zu rechtfertigen (Ex-Jugoslawien), Piraten gejagt, denen vorher die Lebensgrundlage entzogen wurde (Somalia), "Terroristen" getötet, die wenige Jahre vorher noch als Freiheitskämpfer finanziert wurden (Afghanistan) oder rohstoffproduzierende Länder überfallen, indem ihnen die Produktion von Massenvernichtungswaffen angedichtet wird (Irak). Dabei waren und sind es gerade die Aggressoren USA und Großbritannien, die in beiden Irakkriegen und Afghanistan die Massenvernichtungswaffe Uranmunition eingesetzt haben und immer noch benutzen - mit verheerenden Folgen. Sie werden dabei gedeckt und unterstützt von den übrigen "willigen Besatzern".

Mit der Zuspitzung der Krise wächst die Gefahr, dass Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten zur Konfrontation untereinander führen. Der Preis für die "Verteidigung" der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse wird überwiegend in anderen Teilen der Welt bezahlt.

Die sogenannte Bankenkrise ist noch lange nicht beendet, die Schulden der Finanzinstitute sind nur von den Nationalstaaten übernommen worden und sollen durch Einsparungen bei der kommunalen Infrastruktur, Zerstörung des sozialen Netzes, Steuererhöhung und Inflation auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Die Krise hatte ihren Ursprung in der Überproduktion. Die inneren Gesetzmäßigkeiten der profitgelenkten Ökonomie entlarven Stück für Stück das Konzept des freien Welthandels als Farce und das Gerede von gemeinsamen europäischen, transnationalen oder sonstigen Interessen als Propaganda. Die nach wie vor weitgehend nationale Organisation der Ökonomien treibt die Staaten und ihre Bündnisse immer tiefer in gegenseitige Konkurrenz. Die gesamte innerstaatliche Verfasstheit, Sozialstaat und Lohnstruktur werden auf die Realisierung möglichst hoher Profite auf dem (Welt-)Markt ausgerichtet. Zu ihrem Schutz greift der nationale politische Apparat auf Maßnahmen zur Absicherung der heimischen Wirtschaft zurück, die zwangsläufig zu Gegenmaßnahmen anderer Staaten führen. Wenn die zahlreichen Instrumente zur Abwälzung krisenhafter Erscheinungen auf andere Regionen der Welt (durch Diplomatie, Protektionismus, Internationalen Währungsfond usw.) nicht mehr greifen, schlägt die Stunde des Militärs.

Schulterschluss von Bundeswehr, Wirtschaft und Politik beenden

Als antimilitaristisches Bündnis gegen den Celler Trialog haben wir uns gegründet, um den Protagonisten der beschriebenen Entwicklung so weit wie möglich in ihr Handwerk zu pfuschen und wirksame Proteste gegen das alljährliche Treffen zu organisieren. Wir wollen die zivil-militärische Zusammenarbeit sabotieren. Wir fordern alle Menschen auf, sich der Militarisierung des Lebens zu verweigern und sich unter einer internationalistischen Perspektive an den Protesten zu beteiligen. Wir betrachten weltweite Ausbeutungsverhältnisse, die Armut und das Elend von Millionen von Menschen als unser eigenes Problem und nicht als das Glück, in den noch reichen, kleinen Inseln des globalisierten Kapitalismus geboren zu sein. Wir möchten als Bündnis unseren Teil dazu beitragen, über alle Grenzen hinweg den Weg für eine gemeinsame, solidarische und den Reichtum dieses Planeten teilende Weltgesellschaft freizumachen. Jeder und Jede nach ihren Möglichkeiten, im Respekt für die Unterschiedlichkeit der Bedingungen und der Wege, die wir beschreiten.

Im Celler Appell von 2008 heißt es:
"W r s nd der Auffassung, dass d e k are Def n t on der s cherhe tspo t schen Interessen unseres Landes dazu be trägt, das po t sche und w rtschaft che Gew cht Deutsch ands auf nternat ona er Ebene angemessen e nbr ngen zu können. W r brauchen e ne ntens vere s cherhe tspo t sche Debatte n Deutsch and, um d e Bedeutung von S cherhe t für d e Zukunft unseres Landes und das Verständn s für d e Aus andse nsätze der Bundeswehr verbre tern zu können.
We twe te S cherhe t und Stab tät tragen e ne pos t ve Rend te für d e W rtschaft n Form n e dr gerer Kosten und R s kopräm en, besserer Invest t onsbed ngungen, höherer Erträge, und auch n Form fre erer Märkte, auf d e unser Land ganz besonders angew esen st. Aber auch jeder e n ze ne Bürger prof t ert vom w rtschaft chen Erfo g a s Grund age für Woh fahrt und soz a en Fr e den n Deutsch and. S cherhe t und Stab tät s nd daher e n hohes Gut und e n w cht ger W rt schaftsfaktor. D eses Gut hat se nen Pre s, und auch n Deutsch and müssen W rtschaft und Ge se schaft bere t se n, d esen Pre s zu entr chten und e nen unserer W rtschaftskraft entspre chenden Be trag zu e sten. W r brauchen e nen engeren Schu tersch uss zw schen W rtschaft, Po t k und Bundeswehr, um e n besseres Verständn s für d e Aufgabenste ung des jewe s anderen zu erre chen und d e Suche nach nnovat ven Lösungen zu verstärken."

Jedes Mittel ist recht: Zum Einsatz von Uranmunition
"Abgere chertes Uran" oder "Dep eted Uran um", auch DU genannt (rad oakt ves Schwermeta / Ha bwertsze t über 4 M ar den Jahre/ hohe D chte/ fä t be der Brenn stoffanre cherung für AKWs an / b gste Form der Entsorgung), w rd n Geschosse und Bom ben e ngebaut, um d e Durchsch ags und Zer störungskraft sow e d e Re chwe te zu erhö hen. Be m Auftreffen auf das Z e verbrennt d ese Mun t on unter extremer H tzeb dung zu Uranox dpart ke n, d e me st a s Staub Mensch und Umwe t verseuchen. S e w rken bere ts kurzfr st g hochg ft g und führen zu heft gsten, oft töd chen Reakt onen. M tte und angfr st g kommt es zusätz ch aufgrund der Rad oakt v tät zu e nem extremen Anst eg von Krebserkrankungen, Feh und M ssb dungen be Neugeborenen, Totgeburten sow e chromosoma en Veränderungen (Schäd gung des Erbguts). A s Fo ge des DU E nsatzes (of f z e verhe m cht oder verharm ost) gehen Ep dem o ogen z.B. m Irak von Hunderttau senden Getöteten und Erkrankten aus, zu künft g von b s zu 6 M onen zusätz chen Krebserkrankungen.

Die Türen unserer Treffen stehen euch jederzeit offen!
Durch Gegenmacht von unten dem Kapitalismus und Militarismus den Boden entziehen!

Kieler antimilitaristisches Bündnis gegen den Celler Trialog, Mai 2010

Spendet für die Proteste:
Gesellschaft für politische Bildung
KN : 1300 19 201
BLZ: 200 100 20 [Postbank Hamburg]
wichtig: Stichwort TRIALOG

Kontakt:
Kieler antimilitaristisches Bündnis gegen den Celler Trialog
c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel
Mail: kein-trialog@so36.net
PGP: http://kein-trialog.so36.net/pgp/kein-trialog.asc

Informiert Euch:
http://kein-trialog.so36.net
Dort findet Ihr auch die Termine unserer Treffen.

DUKUMENTATIONEN

wir haben vergangene nacht einen angriff auf die commerzbankzentrale in der kieler innenstadt am asmuss-bremer-platz verübt. das gebäude wurde mit steinen und blutroter farbe attakiert sowie mit parolen "trialog versenken" hinterlassen.

die commerzbank nimmt eine führende rolle in der ausweitung der sog. "zivil-militärischen-zusammenarbeit" ein. so findet seit 2007 jährlich in celle der sog. "celler trialog" statt. dieses treffen wurde vom vorstandsprecher und aufsichtsratsvorsitzenden der commerzbank klaus peter müller und dem bundesministerium der verteidigung initiiert.
auf diesem "diskussionsforum für außen- und sicherheitspolitik" soll unter ausschluss der öffentlichkeit über engere zusammenarbeit zwischen militär, wirtschaft und der damit verbundenen gesellschaftlichen einflussnahme beraten werden. mit der sicherheitspolitik wird so die militarisierung der gesellschaft vorangetrieben. durch den aufbau von verbindungskommandos soll der reibungslose ablauf des kapitalistischen systems im inneren gesichert werden. hier wird aufstandbekämpfung mit dem militär geprobt. im training wird dann der häuserkampf und das verhalten gegenüber aufgebrachten menschenmengen geübt. zur zeit noch unter dem deckmantel des einsatzes in urbanen gelände z.b. kosovo oder afghanistan, lässt sich das training problemlos auf szenarien im inland übertragen. das vordringen der bundeswehr in gesellschaftsbereiche wie schule und uni soll zudem mit kooperationsverträgen gesichert werden. in der praxis sieht das dann so aus, dass berufsschüler_innen mal ne knarre im schießsimulator der bundeswehr in die hand gedrückt wird, um ihnen die ausbildung beim bund schmackhaft zu machen. so geschehen in der heeresflugabwehrschule in todendorf. beim außeneinsatz der bundeswehr handelt es sich heutzutage um die sicherstellung des zugriffs auf rohstoffe sowie die politische einflussnahme in wirtschaftlichen interessanten regionen. die bundeswehr wird somit zur postkolonialen interventionsarmee ausgebaut und sichert somit auch die "festung europa" und den damit verbundenen reichtum der westlichen staaten. dass daran wirtschaftsunternehmen und banken ein großes interesse haben, liegt auf der hand. hier ist eine enge zusammenarbeit gewünscht und wirtschaftlich sinnvoll. zudem findet eine zunehmende privatisierung des krieges statt. damit haben eine menge unternehmen ein handfestes interesse an der eskalation von konflikten weltweit. die commerzbank legte schon immer wert auf einen engen schulterschluss von militär und wirtschaft. im nationalsozialismus konnte sie ihr filialnetz in den von wehrmacht besetzten gebieten ausbauen. heute vergibt sie z.b. kredite an einen der größten hersteller von atomwaffen (alliant tech system), die mit ihrer uranmunition 1991 im irak und 1994/95 in bosnien das land verseuchte.

vom 1.-3.9.2010 findet der "celler trialog" in kiel, unter dem motto "handel und wandel - maritime herausforderung und nationales interessen" statt. der "celler trialog" steht in einer reihe von veranstaltungen wie der jährlichen sicherheitskonferenz in münchen, dem vergangenen polizeikongress in berlin oder der innenministerkonferenz in hamburg. alles treffen, auf denen politiker_innen, bullen, militärs, wirtschaftsunternehmer_innen ihr interesse an militarisierung und repressiver kontrolle der gesellschaft forcieren. dieser klassenkampf von oben hat zum ziel gegen kommende krisen, aufstände in einem sich immer mehr zuspitzenden kapitalismus und den damit immer stärker auftretenden widersprüchen schon an morgen zu denken, mögliche szenarien durchzuspielen, sich abzusichern und ihr schweinesystem weiter zu sichern. das dies nur mit militärischer intervention, dem damit verbundenen weltweiten kriegszustand, überwachung und kontrolle läuft begründet jene treffen in der logik der herrschenden und ist ein direkter angriff auf menschen, die nicht verwertbar sind, die sich diesem system entziehen wollen und für emanzipatorische kämpfe.
deshalb halten wir es für wichtig und richtig laut und unübersehbar unseren protest und verachtung ihrem system und der damit verbundenen logik gegenüber zu artikulieren und entgegenzuschleudern!
denn wir denken lieber an übermorgen an eine lebenswerte welt, an eine umverteilung der güter und waren dieser erde zu gunsten aller ihrer bewohner_innen. für ein leben in freiheit und selbstbestimmung!

Smash the date - celler trialog verhindern! Zivil-militärische zusammenarbeit sabotieren - soziale kontrolle angreifen!

revolutionäre antimilitarist_innen "farbe bekennen", frühling 2010.







II

am dienstag den 20. april 2010 griffen wir das jobcenter am gaardener ring 3 an. nicht nur weil das jobcenter menschen in arbeit presst, durch zwang menschen bricht und propaganda für diese bestehenden verhältnisse macht, wirbt nun auch die bundeswehr als arbeitgeber im jobcenter. das das militär in zivilen institutionen werbung für ihr blutiges und gewaltverherrlichendes handwerk macht ist eine neue qualität der zivil- und militärischen zusammenarbeit. das militär immer ein teil von kapitalistischer verwertungslogik war und ist kann niemand bestreiten denn um den reichtum der westlichen zivilisation zu sichern ist es zwangsläufig notwendig diesen durch militärische intervention zu verteidigen zu und neuen zu erobern. die bundeswehr muss abgeschafft werden, nicht nur deshalb weil sie diese unterdrückende gesellschaftsordnung mit verteidigt und aus der geschichtlichen konsequenz heraus, sondern auch der unfähigkeit wegen einen konflikt zum lösen der mit militärischen mitteln unmöglich zu lösen ist. religiöser fundamentalismus kann nur durch aufklärung nicht durch gewalt verhindert werden. vor einiger zeit griffen wir auch die commerzbank filiale in gaarden an und hinterließen ein kleines bekenner_innen schreiben. uns ging es dabei auch darum das verhältnis zwischen der commerzbank und der bundeswehr zu thematisieren. die commerzbank veranstaltet im september diesen jahres den celler trialog in der nähe von kiel. an diesem trialog sind führende wirtschaftsvertreter_innen, hohe militärs und führende vertreter_innen aus der politik beteiligt. um was es dabei geht kann mensch nur erahnen da der trialog nicht öffentlich ist. was jedoch hauptpunkte sein werden so glauben wir sind die sicherheit dieses landes, die europas und die sicherung des wohlstands gegen den "internationalen terrorrismus". mit allen mitteln. und solange die forderungen nach frieden und freiheit kein gehör finden werden wir wach sein wenn ihr schlaft!

es lebe die anarchie

III

UNZUMUTBARKEITEN

Wir haben zum 1. Mai, dem Kampftag der revolutionären Linken, die Arbeitsagenturen Eimsbüttel, Kieler Straße und Wilhelmsburg mit Farbe und Feuer angegriffen und entglast.

Mit der Umsetzung des vierten Arbeitsmarktreformgesetzes nach Hartz hat sich die nunmehr als Arbeitsagentur bezeichnete Behörde zur Behörde für "Verfolgungsbetreuung" entwickelt. Für die meisten, die hier vorstellig werden müssen, ist sie ein Ort, der mit Disziplinierung und Entwürdigung verbunden ist. Hier werden ALG2-Empfänger_innen in Zwangsjobs gedrängt, ihnen wird vorgeschrieben welche Arbeit und welche Wohnung für sie zumutbar sind. Wer sich dagegen wehrt muss mit Kürzungen des ohnehin niedrig bemessenen Leistungsbezuges rechnen. Wird z.B. ein 1-Euro-Job abgelehnt, gibt es eine Kürzung des ALG2 um 30%, bei Jugendlichen wird die Zahlung sogar komplett gestrichen. Jene, die einen 1-Euro-Job angenommen haben, haben weder Streikrecht noch sonstige arbeitsrechtlichen Schutz. Während ihrer Tätigkeit erhalten sie auch keinen Anspruch auf Renten- oder Arbeitslosenversicherung.

Mit den 1-Euro-Jobs sollen Erwerbslose gezwungen werden, "zusätzliche gemeinnützige Tätigkeiten" zu verrichten. Tatsächlich werden dadurch versicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt.

Der Druck der billigen, willigen Arbeitskräfte auf das Lohn- und Leistungsniveau regulärer Arbeitsplätze ist beachtlich. Durch ihr massives Lohndumping bleibt die BRD im europäischen Vergleich prozentual betrachtet mit der Lohnanpassung zurück. Zwar hat der Niedriglohnsektor bereits vor den Hartz IV-Gesetzen gewollt zugenommen, doch mit deren Umsetzung wurde das beschleunigt. Dazu tragen auch die Förderung von Minijobs unter ebenfalls miserablen Arbeitsbedingungen (kein bezahlter Urlaub oder keine Fortzahlung bei Krankheit, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld) sowie die Liberalisierung der Leiharbeit bei.

Da sich der Niedriglohnsektor auf vorwiegend von Frauen besetzten Arbeitsplätzen ausbreitet, werden diese zunehmend davon verdrängt. Mit der Anrechnung des Partnereinkommens bei den Leistungszuweisungen wird dem klassischen Abhängigkeitsverhältnis der Frau von ihrem Mann wieder Vorschub geleistet.

Insgesamt wird ein Szenario der Konkurrenz und Angst aufgebaut. Das Risiko, arbeitslos zu werden, wird zum alleinigen Problem und zur alleinigen Schuld der Erwerbslosen gemacht.

Uns geht es nicht darum, dass der Hartz IV Regelsatz ein wenig erhöht wird. Der zunehmende Druck auf Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger_innen und Asylbewerber_innen ist im Gesamtkontext des bundesweiten Sozialabbaus zu betrachten. Das ist Teil des kapitalistischen Systems, das in "produktiv" und "überflüssig" einteilt.

Da erhalten die einen Steuergeschenke und die anderen Bettelverbot; zum einen werden Millionen in die Elbphilharmonie investiert, zum anderen werden die Leistungen der Erwerbslosen gekürzt, wenn sie sich nicht fügen; für die einen gibt es die Hafencity, für die anderen Zwangsumzüge.

Weil wir uns nicht fügen werden und weil wir noch immer das Unmögliche wollen: Zusammen gegen Staat und Kapital!

AG Heiße Flammen statt kalte Duschen

Stellungnahme der Roten Flora zur Nichtteilnahme an der Hamburger revolutionären 1. Mai Demo 2010, zur SoL und den stattfindenden Soliparties

Ausgehend von der traditionellen Bedeutung als Arbeiter_innenkampftag ist der 1. Mai in den letzten Jahrzehnten von der undogmatischen radikalen Linken auf vielfältige Weise neu belebt worden. Nicht nur der Kapitalismus, sondern auch die Vielfalt und Verwobenheit von Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnissen als zu überwindendes Ganzes sind dabei auf die Agenda gesetzt worden. Diese sich um den 1.Mai herum gruppierenden Kämpfe sind auch für die Rote Flora immer wieder politischer Bezugspunkt gewesen und sind es weiterhin.

So etwa die in Hamburg jährlich stattfindenden (sozial)revolutionären 1. Mai Demos. - Doch dieses Jahr gehen wir als Projekt auf Abstand zu dieser Veranstaltung und distanzieren uns politisch.

Ausschlaggebend dafür ist nicht die inhaltliche Ausrichtung der Demo, auch wenn sie in ihrem diesjährigen Zuschnitt auf eine eindimensionale und personalisierende Kapitalismuskritik von vielen im Projekt kritisiert und als Rückschritt hinter den Diskussionsstand der radikalen Linken bewertet wird. Entscheidend für unsere politische Absage ist vielmehr die "Personalie" des aktuellen Demobündnisses, namentlich die Teilnahme der Gruppe SoL (Sozialistische Linke) an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration.

Die SoL ist eine im Spektrum der B5 organisierte Gruppe und ist in der Vergangenheit immer wieder sowohl in der Praxis als auch in den vertretenen Positionen unangenehm aufgefallen.

Zuletzt bei der Verhinderung der Vorführung von Claude Lanzmanns Film "Warum Israel" im Oktober letzten Jahres im B-Movie. Hier war die SoL an der unter Anwendung von Gewalt durchgesetzten Blockade der Vorführung aktiv beteiligt.

Die Flora hat diese antisemitische Aktion verurteilt und sich mit der (erneuten) Aufführung des Films solidarisch erklärt. Die Anwendung von Gewalt ist inakzeptabel, um politische Differenzen innerhalb "der Szene" auszutragen. Ebenso ist es uns wichtig, eine klare Position gegenüber Antisemitismus - auch in der Linken - zu beziehen . Die SoL hat die an sie gerichtete Kritik bislang zurückgewiesen und versucht inzwischen, durch den Verweis auf das (mittlerweile gar nicht mehr so) "breite" 1.Mai-Bündnis und die in diesem Zusammenhang in der Flora angesetzten Soliveranstaltungen ihre Akzeptanz in der Szene und ihre Bündnisfähigkeit zu demonstrieren. So geschehen in den Vorbereitungsstrukturen der Proteste zur nächsten Innenministerkonferenz. Hier hat sich die SoL einmal mehr als völlig uneinsichtig und zu keiner Selbstkritik bereit erwiesen und hat stattdessen einen scharfen und offensiven Ton gegenüber ihren Kritiker_innen angeschlagen.

Wir als Flora stellen unmissverständlich klar: Vor dem Hintergrund der Ereignisse vom Herbst letzten Jahres und dem Fehlen jeglicher Selbstkritik gibt es für uns keine Zusammenarbeit mehr mit dieser Gruppe. Die SoL ist für uns weder bündnisfähig noch sonstwie politisch akzeptabel!

Die in der Flora zum 1. Mai angesetzten Soliveranstaltungen werden allerdings trotzdem stattfinden. Dies liegt unter anderem an einem Versagen der Flora die notwendigen politischen Auseinandersetzungen angemessen zu führen.

Bei der Zusage der Veranstaltungen vor einigen Monaten wussten wir bereits von der Teilnahme der SoL im Demo-Bündnis, zogen aber keine weiteren Konsequenzen. Es wurde lediglich fest abgesprochen, dass die SoL selbst an der Organisation und Durchführung der Parties nicht beteiligt ist. Wir gingen zu diesem Zeitpunkt von einem relativ breiten Bündnis aus, für das wir die Beteiligung der SoL nicht als ausschlaggebend bewerteten.

Selbstkritisch muss also angemerkt werden, dass es in der Flora bereits zu dieser Zeit versäumt wurde, eine grundsätzliche Auseinandersetzung um das Verhältnis zum 1.Mai-Bündnis zu führen.

Darin kommt ebenso zum Ausdruck, dass Antisemitismus ein auch in der Flora nach wie vor in vielerlei Hinsicht brachliegendes Thema ist. Erst als das Bündnis zusehends auf ein engeres Spektrum zusammenschrumpfte, die SoL dadurch an politischem Gewicht gewann und der 1.Mai näher rükkte, wurde in der Flora deren Beteiligung bewusst als Problem wahrgenommen und die Erkenntnis von Handlungsbedarf sikkerte durch. Entsprechend versuchen wir nun, Position zu beziehen.

Dass eine Positionierung des Projekts erst so spät erfolgt(e) sehen wir als in unserer politischen Verantwortung liegend. Wir wollen diese nicht auf die Veranstalter_innen der Parties abwälzen und haben uns daher mit ihnen darauf verständigt, dass diese trotzdem stattfinden.

Mit der darüber hinausgehenden Absage an die Unterstützung der revolutionären 1. Mai Demo wollen wir dennoch ein Zeichen setzten und deutlich machen, dass gewalttätiges Verhalten und antisemitische Positionen nicht tragbar sind. Voraussetzung für die Zusammenarbeit und die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Perspektive in linken Strukturen und Bündnissen sind eine konsequente Absage an innerlinke Gewalt und an Antisemitismus.

Wir erklären uns weiterhin solidarisch mit am 1. Mai und anderswo geführten Kämpfen für eine bessere Welt!

Gegen Gewalt in innerlinken Auseinandersetzungen und gegen jeden Antisemitismus! Für einen emanzipatorischen 1. Mai und für eine antikapitalistische Perspektive!

Plenum der Roten Flora, April 2010



Stellungnahme zum aktuellen Konflikt mit der SOL

wir sind teil eines treffens von verschiedenen hamburger gruppen, das sich gebildet hat, um die aktionen und gegenveranstaltungen zur innenministerkonferenz in hamburg zu planen und vorzubereiten. auch die gruppe sozialistische linke (sol) hat an den ersten treffen teilgenommen. beim zweiten treffen äusserten sich drei gruppen, dass sie unter den momentanen umständen nicht teil eines bündnisses oder gemeinsamer strukturen mit der sol sein wollten, und schlugen vor u.u. eine parallele struktur zu bilden.

in den monaten nach der blockade des b-movies im oktober letzten jahres, bei der auch die sol aktiver teil war, ist es in hamburg zu einer reihe körperlicher angriffe und übergriffe gekommen, die ganz offensichtlich ihren ursprung in der auseinandersetzung vor dem b-movie haben. an dieser stelle möchten wir betonen, dass wir die aktion, die vorführung des films "warum israel" zu blockieren, politisch grundsätzlich falsch finden.

immer wieder heißt es, die mitglieder der sol oder ihres umfeldes seien an diesen übergriffen beteiligt gewesen. ohne eine erklärung der sol zu diesen übergriffen, sei eine direkte zusammenarbeit nicht möglich, so die betreffenden gruppen in der imk-vorbereitung.

beim nächsten treffen, nachdem auch die anderen gruppen in ihren zusammenhängen diskutiert hatten, vertrat ein grossteil der anwesenden gruppen die gleiche position, nämlich ohne eine erklärung der sol, nicht teil eines gemeinsamen bündnisses sein zu wollen. der vertreter der sol hatte unserer meinung nach während der gesammten treffen und mehrfach auf fragen hin, explizit die gelegenheit, sich dazu zu äußern, wie die sol zu gewalt als mittel in der innerliken auseinandersetzung steht. diese gelegenheit wurden vom deligierten der sol auf mehreren treffen nicht wahrgenommen.und so verließen nach einer längeren fruchtlosen debatte die sol und 2 weitere gruppen aus ihrem umfeld das treffen.

im vordergrund der diskussion steht für uns, dass wir nicht teil eines bündnisses mit einer gruppe sein wollen, der wir an verschiedenen punkten nicht trauen können. wir haben der sol die möglichkeit gegeben, sich zu ihrer position zur blockade des b-movies und den angriffen der letzten monate zu äußern. das hat sie, aus welchen gründen auch immer, nicht getan und einzig auf die b5 erklärung verwiesen. für uns bleibt ohne eine erklärung eine situation stehen, in der wir nicht einschätzen können, ob und an welchem punkt von differenz zu körperlicher gewalt gegriffen wird. das kann auf keinen fall eine grundlage für solidarische zusammenarbeit sein. anders sieht dies beispielsweise bei der anwendung von gewalt als letztes mittel in der auseinandersetzung gegen szeneinterne sexistische täter_innen aus.

wenn wir uns jetzt zu diesen ereignissen erklären, können wir natürlich nicht leugnen, dass unsere erfahrungen und unser bild von der sol mit zu dieser situation beigetragen haben.

ja, einige von uns haben politische widersprüche und misstrauen gegenüber traditionell- kommunistischen organisationen, ihrer ideologie und ikonographie und den daraus entstehenden praxen. aber trotzdem haben in den letzten jahren immer wieder gruppen von uns mit der sol zusammengearbeitet oder auf bündnissen gesessen. gleichzeitig sind widersprüche immer wieder größer geworden, weil die sol bewusst gegen absprachen verstoßen hat, wie zb bei der antifa demo 1.mai 08 als sie gegen absprachen im bündnis ihren lauti in der demo fahren ließen. die aktion am b-movie ist von daher eher ein meilenstein in unsrem verhältnis zur sol, aber beileibe nicht der ausgangspunkt.

auch antideutsche politik und die gruppen, die sie vertreten sind unseren ansätzen fern und stehen klar im gegensatz zu unseren libertären und autonomen ideen. so widersprechen z.b. sowohl leute aus eigenen strukturen bei den bullen anzuzeigen als auch die menschen, die an den b5 übergriffen teilnahmen als "nazi-b5-schläger im internet mit namen und bildern zu denunzieren, unserem politischen verständnis.

kernpunkt der auseinandersetzung auf dem imk-vorbereitungstreffen ist das verhältnis der gruppe zu angriffen auf menschen aus der linken. auch wenn wir ausschlüsse aus bündnissen nicht als politische lösung empfinden, haben wir in diesem fall keine andere möglichkeit gesehen. so lange die sol als gruppe keine bereitschaft zu einer öffentlichen auseinandersetzung zeigt, sehen wir keine basis für eine zusammenarbeit.

gruppen und einzelpersonen
aus dem no-imk-vorbereitungstreffen

Presseerklärung des Bündnisses gegen Hamburger Unzumutbarkeiten

Erneuter Überfall von B5-Aktivisten auf Antisemitismusgegner

In der Nacht zum Sonntag, den 31. Januar, überfielen Aktivisten des "Internationalen Zentrums B5" zwei israelsolidarische Antifaschisten. Die beiden Antifaschisten, die unter anderem im "Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten" gegen Antisemitismus aktiv sind, wurden nach dem Verlassen einer Diskothek von drei Schlägern empfangen. Die Angreifer brüllten antiisraelische Parolen, gingen mit Faustschlägen auf ihre Opfer los und traten, als diese am Boden lagen, auf sie weiter ein. Erst als es den Angegriffenen gelang, die Polizei zu rufen, flohen die Angreifer.

Bereits am Abend hatte eine Gruppe von fünf Personen, darunter die späteren Angreifer, eines der Opfer auf der Straße erkannt, woraufhin sie ihn bepöbelten und körperlich bedrängten. Dabei wurde der junge Mann, weil er einen Israel-Button trug, als "Faschist" beschimpft, welcher den "Genozid an den Palästinensern" propagiere. Einige Stunden später trafen die B5-Anhänger in der Diskothek ein, in welcher sich die beiden Antifaschisten befanden, und setzten die antiisraelischen Pöbeleien fort. Als die Angreifer mehrmals handgreiflich wurden, darunter mit gezielten Schlägen ins Gesicht, wurden sie schließlich der Diskothek verwiesen. Daraufhin lauerten sie ihren Opfern auf deren Nachhauseweg auf. Die beiden Angegriffenen erlitten mehrere Prellungen und Schürfwunden. Gegen die namentlich bekannten Angreifer wurde Anzeige erstattet.

Mitglieder des "Internationalen Zentrums B5" sind in der Vergangenheit immer wieder durch körperliche Angriffe auf antisemitimuskritische Personen und Veranstaltungen aufgefallen. Im Oktober 2009 verhinderten sie mit Gewalt eine Vorführung von Claude Lanzmanns Film "Warum Israel" im Hamburger Programmkino B-Movie. Dieser Vorfall, bei dem Kinogäste geschlagen und unter anduchteln" und "Judenschweine" beschimpft wurden, hatte im In- und Ausland für Empörung gesorgt. In Reaktion darauf hatte sich auch das "Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten" gegründet, das am 13.12., anlässlich der Neuansetzung des Lanzmann-Films im B-Movie, gegen linken Antisemitismus demonstrierte. Bereits in den vergangenen Monaten waren Mitglieder des Bündnisses von Aktivisten der B5 mehrfach bedroht und auch körperlich angegriffen worden. Angesichts des jüngsten Überfalls auf Antisemitismusgegner unterstrich das Bündnis seine Forderung, das Internationale Zentrum politisch zu isolieren und die von ihm ausgehende antisemitische Hetze endlich zu unterbinden. Wer den Antisemitismus und die Gewalt der B5 verharmlose, gar mit den dort organisierten Gruppen politisch weiter zusammenarbeite, ermuntere die Schläger zu weiteren Angriffen.

Brennen eure Herzen noch?

"Es hat immer wieder Fälle gegeben, bei denen mit der Definitionsmacht unehrlich umgegangen wurde, oder sie mißbraucht wurde, aus persönlichen oder politischen Gründen."

Diese Erfahrung von Franz und Mandy Meiser (zitiert aus Interim Nr. 509 vom 7.9.2000) habe ich als langjährig in linksradikalen Zusammenhängen Aktive leider auch machen müssen. (Und das ist ein Riesenproblem, insbesondere für feministische Politik.) Insofern ist Euer nachfolgend zitierter Satz nicht richtig: "ein ausschluss aus der szene (in einer oder mehreren städten) wird ausschließlich zum schutz von betroffenen von vergewaltigungen gefordert". Das ist falsch. Und damit sind auch alle Eure Schlussfolgerungen nicht mehr richtig.

Euer Papier hat bei mir mehr Fragen als Antworten aufgeworfen: Warum habt Ihr die beiden Genossen, mit denen Ihr offenbar sogar persönlich befreundet seid (!), nicht gefragt? Warum habt Ihr sie nicht Rede und Antwort stehen lassen? Das hätte Klarheit gebracht und danach hätte man, wäre Eure Spekulation bestätigt worden (was ich nicht glaube), immer noch Sanktionen verhängen können. Stattdessen habt Ihr ihnen das Wort verboten: keine Erklärung erwünscht, Diskussion nur, wenn die beiden nicht mehr dabei sind. Zählt für Autonome nicht die Qualität der Argumente mehr als ihre Quantität oder irgendwelche Statistiken?

Ihr macht es Euch leicht, wenn Ihr Euch mit Euer in der Kritik stehenden Entscheidung nicht mehr befassen wollt. Aber vorher nochmal ein Papier, die eigene Absolution, in die Welt gesetzt. Dabei kann ich das Zustandekommen Eurer spontanen, nächtlichen Entscheidung verstehen. Aber mit etwas zeitlichem Abstand, hätte ich doch auch eine selbstkritische Reflexion erwartet. Es war ja so: Druck wurde auf Euch ausgeübt. Und das ging soweit, wie Ihr sagt, dass sogar intern gedroht wurde: Ich verlasse die Orga-Gruppe, wenn die beiden nicht ausgeschlossen werden. Das ist autoritär und alles andere als autonom. Und als Orga-Gruppe Eure Entscheidung im Plenum kund zu tun ist ebenso autoritär. Denn wer wagt sich, der Orga-Gruppe zu widersprechen? Das trauen sich nur wenige.

Ein Theaterstück (Hallo! Ja! Es war ein Theaterstück! Und zum Glück kein William Shakespeare, denn wer will den schon?) wie das ausgeführte muss meiner Meinung nach ein linker Kongress aushalten. Wie wollen wir als Autonome die Verhältnisse umstürzen, wie den Konflikt mit den Herrschenden, mit Kapital, Rassismus und Patriarchat führen, wenn wir schon mit solchem Pippifax nicht zurecht kommen?

C.

Selbstverständnis des Infoladens Schwarzmarkt

Warum es uns gibt ...

Der Schwarzmarkt ist ein unkommerzieller, kollektiv betriebener Infoladen, der in wechselnder Besetzung als Projekt seit über 30 Jahren besteht. Mit dem Entstehen der autonomen Bewegung Ende der 1970er/ Anfang der 1980er Jahre bildeten sich in vielen Städten die ersten Infoläden. Diese Infoläden begriffen sich als Teil des Konzeptes Gegenöffentlichkeit. Das Konzept Gegenöffentlichkeit geht davon aus, dass im gesellschaftlichen Normierungsprozess Medien eine zentrale Rolle spielen und will daher kritische und unabhängige Informationen zugänglich machen. Eine nicht geringe Bedeutung kommt hierbei der szeneinternen Kommunikation zu - eine Information bekommt ihren Wert dadurch, dass (im weitesten Sinne) eine Handlung aus ihr resultiert. Es geht also um beides: Um Öffentlichkeitsarbeit und um das Bereitstellen von linker Infrastruktur.

Ein Infoladen ist ein Ort des Austausches und der Vernetzung, ein Ort der Kommunikation und Diskussion, ein Treff- und Anlaufpunkt für alle Interessierten an gesellschaftlicher Umwälzung.

Infoläden sind dabei auch eine Schnittstelle verschiedener Teilbereiche linksradikaler Politik. Für uns als Schwarzmarkt bedeutet dies, dass die verschiedenen Spektren linker Bewegungen bei uns sichtbar werden sollen. Trotz vieler Gegensätze und unterschiedlicher Meinungen ist uns eine solche Bandbreite wichtig, die sich jedoch immer auf Grundlage politischer Grundsätze bewegt - Vielfalt heißt eben nicht politische Beliebigkeit. Deshalb versuchen wir in der Funktion eines Kommunikations- und Informationstreffpunktes Platz für Konflikte und Diskussionen zu bieten und eine breite Palette an Themen, Aktionen und Kampagnen zu unterstützen. Die Themen, zu denen ihr bei uns Material finden könnt, reichen von Antirassismus, Anti-AKW, Repressionen, Knast und Gefangene, Feminismus und (Trans-)Gender, Antifaschismus, Internationalismus und linker Theorie bis hin zu sozialen Kämpfen, Globalisierung und vielem mehr.

Ein Infoladen lebt von der Interaktion: Im Austausch mit anderen Projekten und Gruppen bekommen wir die Informationen, die wir dann wiederum weitergeben. Das bedeutet aber auch, dass ein Infoladen keine Gäste, sondern Nutzer_innen hat: nicht Serviceleistung, sondern Eigeninitiative ist gefragt. Bringt uns also gerne Sachen vorbei, kümmert euch (nach Absprache) um einzelne Bereiche oder Themenordner und gebt uns Anregungen für neue Zeitschriften oder Broschüren.

... und was es bei uns gibt

Die Umsetzung von unserer Idee eines Infoladens erfolgt zu einem großen Teil über das geschriebene Wort: Bei uns gibt es diverse Flugblätter, Flyer und Plakate zu aktuellen Themen aus Hamburg und Umgebung, aber auch zu bundesweiten und internationalen Kampagnen. Ergänzt wird dies durch eine große Palette an Zeitschriften, Zeitungen und Broschüren sowie ausgewählten Büchern und ein kleines modernes Antiquariat.

Doch nicht jede Zeitschrift muss gekauft werden: In unserer Leselounge bieten wir über 50 Zeitschriften als Leseexemplare an, in denen bei Kaffee, Kaltgetränk und manchmal sogar Kuchen (den ihr auch gerne mitbringen dürft) gestöbert werden kann. Darüber hinaus gibt es bei uns Revolutionsbedarf jeglicher Art: Aufnäher, Aufkleber, T Shirts, Pullis, Musik, politische Filme, Buttons und vieles mehr. Und wenn der gewünschte Button nicht dabei sein sollte, könnt ihr euch bei uns auch eine Buttonmaschine ausleihen.

Wir bieten zusätzlich Raum, um bei uns politisch zu arbeiten, z.B. am PC, mit dem Kopierer oder durch die Bereitstellung von Postfächern für Gruppen und Projekte. Wir wollen, dass Informationen möglichst weit verbreitet werden. Deshalb könnt ihr euch bei uns Infotische für eure Aktionen zusammenstellen und ausleihen.

... und was sonst noch Teil von uns ist

Das Archiv: Seit unseren Anfängen archivieren wir den Großteil dessen, was uns an Informationen so erreicht. Unser Archiv wurde in der Vergangenheit zwar mal mehr, mal weniger gepflegt, aber ihr findet hier trotzdem eine große Fülle an Texten und Flugblättern zu diversen Themen und viele Zeitschriftensammlungen, nicht selten ab der ersten Ausgabe. Dabei begreifen wir unser Archiv als Ergänzung zum Archiv der Sozialen Bewegungen in der Roten Flora und freuen uns, wenn wir euch bei eurer Recherche helfen können.

Bis 2008 gab es einen PGA-Infopunkt im Schwarzmarkt. Dieser diente als Ort der Kommunikation über Aktivitäten des Netzwerkes 'peoples global action' sowie der Öffentlichmachung von Kampagnen, internationalistischen Basisbewegungen und Basisgruppen. Er wurde aufgelöst, aber Archivmaterial ist weiterhin vorhanden.

Der FrauenLesbenTransgenderraum: Mit unserem FrauenLesbenTransgenderraum bieten wir einerseits einen Rükkzugsraum, der für Männer nicht zugänglich ist, andererseits findet ihr hier noch mal spezielle Informationen, Themenordner und Literatur zu Sexismus und Patriarchat, feministischen Theorien sowie zu verschiedenen Diskussionen und Debatten und anderes mehr. Der FrauenLesenTransgenderraum bestand bei uns lange Jahre parallel und in Ergänzung zum FrauenLesbenTransgendertag. Solange sich kein Zusammenhang findet, der Lust hat, diesen Tag zu übernehmen, bleibt der Infoladen donnerstags geschlossen.

Der Jugendantifatag: Jeden Dienstag findet im Infoladen Schwarzmarkt der Jugendantifatag statt. An diesem Tag bieten wir einen Anlaufpunkt für alle Jugendlichen, die sich für antifaschistische Politik interessieren. Hier könnt ihr euch die neuesten Infos abholen, euch mit anderen Menschen organisieren oder einfach nette Leute treffen. Darüber hinaus findet alle zwei Wochen ab 18:30 Uhr das offene Jugendplenum AHOJ statt, bei dem ihr euch aktiv an antifaschistischer Politik beteiligen könnt.

... wann und wo wir für Euch da sind:

Ihr findet uns im Schanzenviertel, im Kleinen Schäferkamp 46, in unmittelbarer Nähe zum U/S-Bhf Sternschanze bzw. U-Bhf Schlump.

Unsere Öffnungszeiten sind am Montag und Dienstag von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr sowie am Mittwoch und Freitag von 15:00 Uhr bis 19:00 Uhr. Alle zwei Wochen (den 2. und 4. im Monat) haben wir auch Samstags von 14:00 bis 16:00 Uhr geöffnet.

Für unsere Eigenständigkeit finden wir es richtig und wichtig, auch finanziell unabhängig zu sein. Deshalb finanzieren wir uns quasi ausschließlich über Spenden. Da das alles andere als einfach ist und wir leider chronische Geldsorgen haben, freuen wir und - neben tatkräftiger Unterstützung - immer auch über finanzielle Hilfe. Das können Spenden sein, aber auch beispielsweise Parties oder Konzerte, deren Erlös ihr uns zu Verfügung stellt.

Infoladen Schwarzmarkt, April 2010

Kontakt:
schwarzmarkt@riseup.net / www.schwarzmarkt.nadir.org

Zu den Verhaftungen in Berlin - Mitte Februar 2010

Vier Freunde und ein Auto. Mittwoch in der Nacht, gegen 2 Uhr. Berlin, Mitte.
Wir werden es heute nicht mehr nach Hause schaffen, denn andere schmieden die Pläne für unseren Abend. Welche erfahren wir nahe des Rosa-Luxemburg-Platzes - als wir an der grünen Ampel losfahren, stellt sich ein Auto der PMS quer vor uns, während andere Polizeifahrzeuge uns umzingeln. Mit Geschrei werden wir aus dem Auto herausgezogen und auf den Boden geworfen, mit Handschellen und aufgeregten Bullen, die sich freuen einen Fang gemacht zu haben. Das Ganze erinnert eher an eine schlechte Version von CSI Miami...von wegen das Leben wäre langweilig... Ohne jegliche Ansage werden wir in verschiedene Polizeiwannen und -autos gebracht und nach Pankow gefahren. Die Ossietzkystraße stellt sich als unser Zielort heraus. Dort angekommen geht das ganze Theater weiter: langsam tauchen dutzende Bullen aufgeregt auf, darunter viele BeamtInnen des Berliner LKA, die mit einem Spürhund und Taschenlampen den Park und die drumherum geparkten Autos nach irgendwelchen Spuren absuchen. Später wird es aber so aussehen, dass sie sich bloß mit ein paar Händen voller Schnee zufrieden geben müssen.

Über zwei Stunden lang wurden wir dort festgehalten, ohne zu wissen worum es geht. Ein gelangweilter Bereitschaftsbulle sagt einzelnen von uns endlich, daß wir verdächtigt wären ein ?Verbrechen begangen zu haben bzw. eine Brandstiftung an einem KFZ?. Anfangs scheinen die PolizistInnen gut gelaunt, aber später schlägt die Stimmung um: weder haben Autos gebrannt, noch gab es sonstige Verbrechen in der Gegend. Dazu sind wir und unser Auto sauber wie frisch gefallener Schnee. Trotzdem werden wir zur GeSa gebracht, immer noch getrennt voneinander. In der GeSa werden nicht nur die Personalien aufgenommen, wie die Zeitungen schreiben, bis 15 Uhr dürfen wir auch nicht wissen was uns vorgeworfen wird. Die grauen BeamtInnen der GeSa sind sich einig, dass das allmächtige LKA dafür verantwortlich ist uns gegenüber die Vorwürfe zu eröffnen - deshalb schweigen sie konsequent. Vom sogenannten ?Recht? einen Anruf tätigen zu dürfen wissen sie nichts, wie es üblich ist in der GeSa und was uns nicht überrascht. Denn an den Rechtsstaat haben wir noch nie geglaubt. Gegen 14 Uhr werden wir zum LKA 533 (Brand- und Sprengstoffabteilung, wie auch ein im Büro aufgehängtes Plakat eines vermummten Feldjägers mit Handgranate in der Hand erklärt) geführt, wo sie versuchen uns zu vernehmen. Wir verweigern die Aussage, unterschreiben nichts und bekommen Bescheid über unseren Vorwurf. Da wir alle getrennt voneinander befragt werden, wird uns jeweils ein anderer Tatvorwurf eröffnet: von "Verdacht auf Verabredung zur Begehung einer Brandstiftung an einem KFZ" bis "Verdacht auf Verabredung zur Begehung eines Verbrechens bzw. Brandstiftung an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik?. Gegen 16 Uhr werden wir endlich entlassen.

Am übernächsten Tag fangen die üblichen Zeitungen an ihre Propaganda zu veröffentlichen: der bekannte Andreas Kopietz von der Berliner Zeitung, der in der Vergangenheit immer in erster Reihe war, wenn es um Diffamierung und Hetze gegen Hausprojekte oder Angehörige der autonomen Szene ging, wird der Erste sein, der einen Artikel über den Fall veröffentlicht (zu lesen unter: de.indymedia.org/2010/02/273770.shtml). Tagesspiegel und B.Z. folgen, spiegeln aber im Großen und Ganzen den Ton dieses Artikels wieder. Hier zeigt sich erneut die Rolle der Medien in der Aufrechterhaltung einer Hysterie gegen alles, was gegen die staatliche Ordnung, für eine solidarische, herrschaftsfreie Welt, vorgeht: der Polizei wird gedankt vier gefährliche Autonome festgenommen zu haben, die sicherlich einen Anschlag verüben wollten und möglicherweise für die ganzen anderen auch verantwortlich sind. Ihr vergesst aber zu erwähnen, dass wir auch für das Erdbeben in Haiti, die steigende Arbeitslosigkeit in Berlin und die Todesfälle aufgrund der glatten Straßen verantwortlich sind. Nur um präzise zu sein, Damen und Herren der Presse...

Nachdem zuerst die Polizei meinte, wir hätten ein Fahrzeug in Brand stecken wollen, stellen sie nun fest, dass unser Ziel die Bundesakademie für Sicherheitspolitik gewesen wäre. Deswegen hätten wir den Ort und die Umgebung ausgekundschaftet. Schließlich wird versucht uns in Verbindung mit anderen militanten Aktionen zu bringen, die auf staatliche Institutionen und/oder Verantwortliche der Innen- und Aussensicherheitspolitik dieses Staates durchgeführt wurden.
Das Ganze gewinnt auch an zusätzlichem Charme, denn einige von uns wohnen und leben in bekannten Hausprojekten dieser Stadt. Darunter die Koepi und die Rigaer94, die nie ein Geheimnis um ihre Unversöhnlichkeit mit den bestehenden Verhältnisse gemacht haben. Dazu sind wir auch noch laut deren Darstellung einschlägig bekannt - eine perfekte Mischung, oder?

Insofern scheint für die Behörden der ganze Zusammenhang sehr interessant zu sein. In den Zeitungen wird darüber geschrieben, wie sie jetzt denken endlich eine Spur für diese Anschläge gefunden zu haben. Die Feinde sind wieder mal diejenigen, die in den Hausprojekten wohnen. In Zeiten von wiederholten Schlappen, nicht existenten Beweislagen, Ermittlungsfrustration und -druck, schlechten Schlagzeilen und der Zuspitzung der sozialen Konflikte in der Stadt sowie dem dauerhaften Anstieg von Aktionen, die den gesetzlichen Rahmen nicht anerkennen, wird jede Kleinigkeit für die repressiven Behörden plötzlich interessant für Ermittlungen. Wie etwa vier Freunde in einem Auto in einer Mittwochnacht.

Diese (noch) kleine Episode zeigt eben auch, was für ein Klima in der Stadt herrscht: vor nicht all zu langer Zeit reichte es bereits ?Szenekleidung? zu tragen und sich in ?Szenebezirken? zu bewegen, um verhaftet zu werden, weil zufällig ein Auto gebrannt hat oder eine Bank eingeworfen wurde. Nun reicht schon der ?Verdacht auf Verabredung, um ein Verbrechen zu begehen? um Cowboy zu spielen. In diesem Sinne warnen wir alle, ihre Augen und Ohren offen zu halten, jedoch ohne sich dabei einschüchtern zu lassen. Dieser Fall wird nicht der Letzte sein und gibt einen Vorgeschmack auf die Dinge, die uns demnächst erwarten (könnten). Deshalb lasst uns bereit sein, eventuelle Einschüchterungsversuche konsequent an die AbsenderInnen zurückzuschicken.

Bei uns hat weder das schlechte Essen von Sodexo (die GeSa-Lieferanten), noch die Arroganz der repressiven Behörden oder ihre schlechten Witze Unmut gemacht.

Unsere Freude für eine herrschafts- und ausbeutungsfreie Welt zu kämpfen, setzt sich uneingeschränkt fort.

Die Vier vom Fiat Fiorino

Verhaftungen und Verfahren gegen zwei Anarchisten in Aarau, Schweiz

Am 14. November 2009 wurden unsere Freunde und Anarchisten Philipp und Ivo von der aargauischen Polizeisondereinsatztruppe "ARGUS" verhaftet. Die Polizeitruppe brach um ca. 5 Uhr Morgens die Tür vom Elternhaus von Philipp in Aarau (Schweiz) auf und nahm dort die Beiden fest. Bei der Verhaftung der beiden Jugendlichen, welche noch schliefen, wurden sie mit Schusswaffen bedroht und mit Augenbinden abgeführt. Sie wurden in dieser Nacht beobachtet, wie Philipp an einer Kreuzung stand und Ivo kurz in eine Strasse verschwand, wo unmittelbar darauf ein Auto brannte.

Seit dem Mai 2009 sind im Aarauer Stadtteil Zelgli insgesamt sieben Autos der gehobenen Klasse und ein Polizeiauto angezündet worden. Daher wurde der Stadtteil auch schon eine längere Zeit polizeilich Überwacht, was Philipp und Ivo zum Verhängnis geworden ist. In Untersuchungshaft wurden den zwei Inhaftierten mitgeteilt, dass gegen sie wegen mehrfacher qualifizierter Brandstiftung (wobei zweimal Gefahr für Leib und Leben von Personen bestand) und Sachbeschädigungen ermittelt werde. Laut der Kantonspolizei Aargau, seien die brennenden Autos von massiven Sprayereien begleitet worden. [...]
Die zwei ehemals Inhaftierten waren in der Zeit von ihrer Untersuchungshaft vom 14. November bis am 30. Dezember 2009 in Einzelhaft untergebracht.

An der Pressekonferenz vom 6. Januar 2010 informierte die Kantonspolizei Aargau über den aktuellen Sachverhalt. Ivo und Philipp gestanden lediglich der letze Fall von Brandstiftung, da dort die Beweislage erdrückend war. Die Polizei macht die beiden Anarchisten für weitere fünf Brandanschläge verantwortlich, obwohl dank der Standortbestimmung ihrer Natels offensichtlich wurde, dass sich die Beschuldigten zur Tatzeit nicht am Tatort befanden. Zwei der acht Autobrände konnten jedoch gar nicht zugeordnet werden. Insgesamt entstand bei den Fahrzeugen einen Sachschaden von 250 000 Franken. Ebenfals haben Ivo und Philipp diverse Sprayereien zugegeben, wo sich der Sachschaden auf 100 000 Franken beläuft. Gemäss Angaben der Polizei bestand in zwei Fällen der Brandstiftung auch eine Gefahr für Leib und Leben und somit droht eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren. Die Untersuchungen sollen im Sommer abgeschlossen werden und die Gerichtsverhandlung wird im nächsten Winter erwartet.

Die Solidarität mit Ivo und Philipp darf jetzt aber nach ihrer Entlassung aus der Untersuchungshaft nicht enden. Um (finanzielle) Unterstützung sind beide immer noch sehr froh. Organisiert also auch in eurer Stadt Soli-Aktionen.

Freiheit für alle Gefangenen - Solidarität ist eine Waffe! Für eine Welt ohne Knäste - Feuer und Flamme der Repression!

Antirep Aarau, 8. Januar 2010
antirepaarau@immerda.ch



Broschüre erschienen:

Aus dem Editorial
DHL bleibt Deutsche Heeres Logistik

Nach über einem Jahr ungewöhnlich offensiver Aktivitäten gegen den Kriegslogistiker Deutsche Post DHL und nach über einem Jahr wirtschaftlicher Flaute zieht die DHL ihre Bewerbung für das umfangreichste Privatisierungsvorhaben der Bundeswehr zurück. Nach Financial Times Deutschland -Informationen gab es in den DHLGremien kein grünes Licht für ein Angebot, "weil die mit dem Auftrag verbundenen Risiken als zu groß galten". Es ging um den Betrieb von Bundeswehr-Depots und den weltweiten Transport von Kriegsgerät in die Einsatzgebiete. (...) Daher geht die Kampagne gegen die DHL in die zweite Runde. Am 28. April 2010 bietet sich für deren Auftakt eine gute Gelegenheit. In der Jahrhunderthalle in Frankfurt am Main findet dann die Jahreshauptversammlung der Deutschen Post DHL statt. Einer breiten Öffentlichkeit, werden wir deutlich zeigen, was wir von der aktiven Mitverantwortung des Konzerns an den Kriegen in Afghanistan und im Irak halten.

Das Freiburg-Programm

Ein Fünf-Jahres-Plan für abtrünniges Verhalten zur Schaffung eines europäischen Raumes der Freiheit, des Anti-Kapitalismus und der Rebellion

Das europaweite Netzwerk "Out of Control" wurde 2009 mit dem Ziel einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von AktivistInnen gegen eine europäische Sicherheitsarchitektur ins Leben gerufen.
Wir sind ein breites Spektrum von AktivistInnen aus ganz Europa, die alle die Absicht gemeinsam haben, einen besseren Überblick über die europäische Sicherheits- und Kontrollarchitektur zu bekommen und öffentlich zu machen.
Wir sind sicher, dass wir vom Verständnis und der Analyse zum Aufbau und der Organisation von Widerstand fortschreiten können.

Wir konzentrieren uns auf polizeiliche Zusammenarbeit und Datenbanken, polizeiliche Überwachung von Menschenmengen bei großen Events wie Gipfelprotesten, die Sicherheitsindustrie und Sicherheitsforschung sowie EU-weite Verträge, die Freiheitsrechte in der ganzen Welt gefährden.

Wir stellen fest, dass es keine europaweite Reaktion auf die grenzüberschreitende Repression der EU gibt, während diese zunehmend eigene Kräfte und Befugnisse entwickelt.
Kämpfe gibt es in einigen EU-Mitglieds-Staaten lediglich in Teilbereichen wie Datenspeicherung oder gegen EU-Migrations-Gesetze und -praxis und die Frontex-Agentur. Desweiteren bemerken wir auch einen Mangel an allgemeinem Verständnis für den Aufbau der Sicherheitsarchitektur und ihre europäischen Architekten.

Als ersten Schritt wollen wir Erfahrungen, Wissen und Informationen austauschen um eine klarere gemeinsame Vorstellung von der europäischen Sicherheitsarchitektur zu bekommen. Als zweiten Schritt wollen wir gemeinsame und zusammenwirkende Aktionen und Kampagnen etablieren.

Wir schlagen nicht vor, einen der zahlreichen Kämpfe gegen den europäischen Sicherheitsstaat herauszustellen und auszufechten. Aber wir wollen uns gemeinsam die Frage stellen, wie wir zusammen effektive Praktiken gegen die neue Sicherheitsordnung entwickeln können.
Wir sind nicht naiv. Wir wissen, dass es viel Zeit und Engagement in Anspruch nehmen wird, das alles zusammenzufassen und zu verstehen. Wir betrachten dieses Projekt als langfristigen Prozess. Wir sind sicher, dass die grenzüberschreitende Repression, die auf EU-Ebene organisiert wird, mit grenzüberschreitender Solidarität und Aktion beantwortet werden muss.

Nach einem Gründungstreffen im Sommer 2009 trafen wir uns im Herbst in größerem Rahmen in Freiburg mit TeilnehmerInnen aus einer Handvoll Ländern der EU.
Unser erster Schritt war, die Mittel, die sich in der Landschaft der europäischen Sicherheitszusammenarbeit verändern, zu analysieren. Wir betrachteten technische Werkzeuge wie Grenzkontroll-Sensoren, Biometrik, Video-Überwachung, polizeiliche Nutzung von Satelliten-Daten, fliegende Kameras, nicht-tödliche Waffen, Ermittlungs-Software, "vorausschauende Analyse" und Datenbanken wie das Visum-Informations-System VIS, das Schengen-Informations-System SIS und die Fingerabdruck-Datenbank EURODAC.

Daraufhin verschafften wir uns einen Überblick über die Akteure auf den verschiedenen europäischen Ebenen, wie die Europäische Kommission, deren Agenturen Frontex, Europol und die Europäische Gendarmerie-Truppe (European Gendarmerie Force) EUROGENDFOR und warfen einen Blick auf Strategien wie das "Stockholm-Programm", den Lissabon-Vertrag, die geplante "Internal Security Strategy" ("Interne Sicherheits-Strategie") und die Verschmelzung von Polizei, Militär und Geheimdiensten.
Desweiteren fassten wir verschiedene europäische Unternehmen ins Auge, die diesen Apparat mit immer neuen technischen Geräten versorgen.

Danach diskutierten wir die grundlegenden Veränderungen, die mit der Verschmelzung von interner und externer Sicherheit und ihren Kräften einhergehen, die Gesellschaft in eine Datenbank-Gesellschaft verändern, während sie auch das Streben nach Verstärkung der Überwachung und Verbesserung der Kontrolle durch technische Mittel vorantreiben.

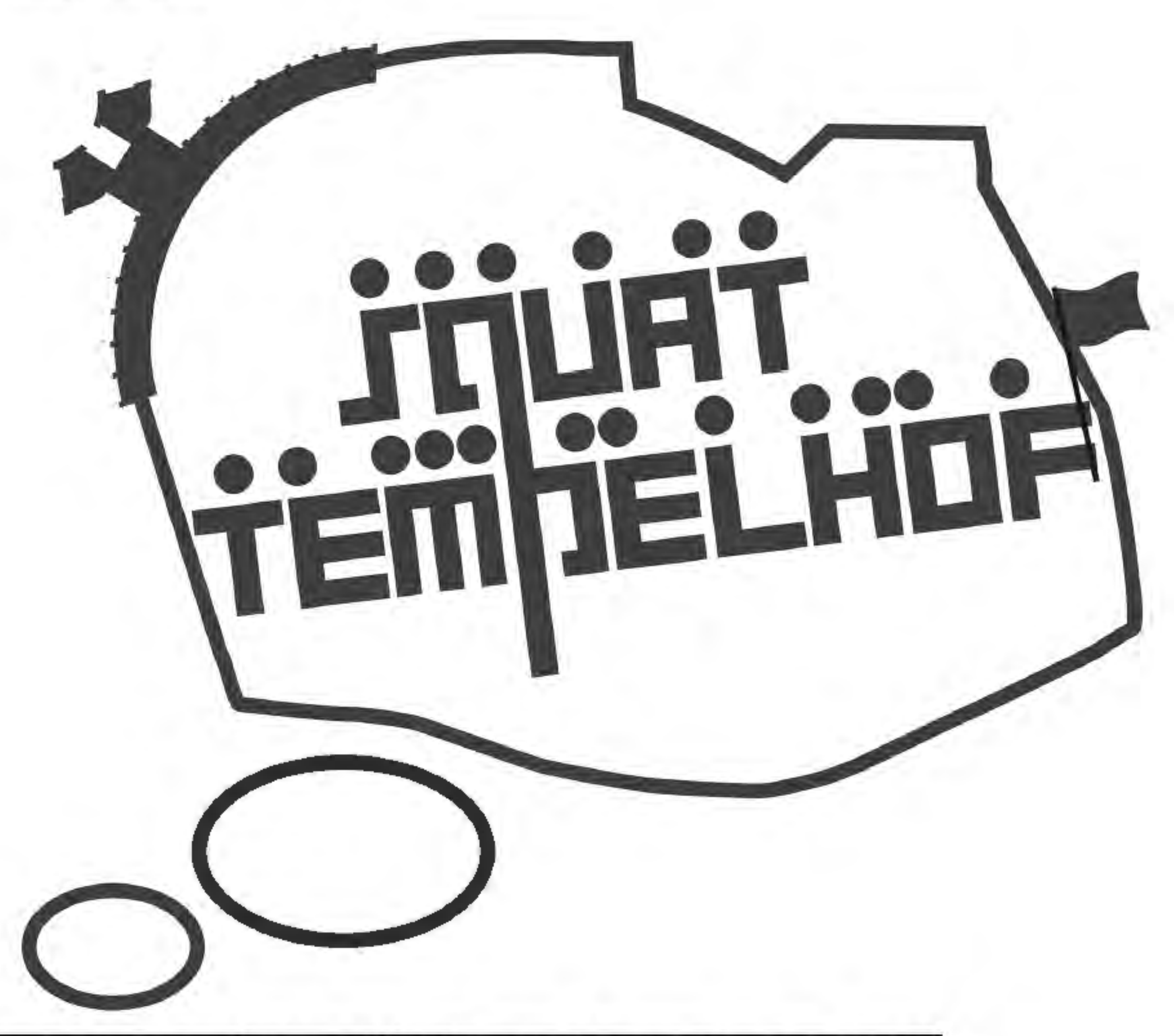
Im letzten Teil unseres Treffens sollten zukünftige Vernetzung und Aktionen beschlossen werden.
Wir legten den Schwerpunkt noch nicht auf konkrete Pläne, waren uns aber über eine langfristige Analyse und Zusammenarbeit durch verschiedene Formen von Protest und Widerstand einig. Die Idee des fünfjährigen "Freiburg-Programms" war geboren.

Entscheidungen auf EU-Ebene benötigen einige Zeit, um auf nationaler Ebene in den 27 Mitgliedsstaaten realisiert werden zu können. Wir wollen vorbereitet sein und Aktionen so früh wie möglich anstoßen.
Einer der Proteste, an denen wir uns beteiligten, fand während des Widerstands gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg statt, wo wird den Aktionstag gegen die europäische Sicherheitsarchitektur mit der "PaRaDe SoLiDaIre CoNtRe Le CiRqUe SeCuRiTaIrE" organisierten.
Einige von uns werden am No Border Camp in Brüssel teilnehmen, das für den Oktober 2010 während der belgischen EU-Präsidentschaft geplant ist.

Wir bildeten mehrere Arbeitsgruppen, die sich mit unserer internen Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen befassen. Wir kommunizieren durch ein soziales Netzwerk für radikale Aktivisten (siehe https://we.riseup.net).
Wir haben beschlossen uns 2010 wieder zu treffen. Das Datum ist noch unklar, haltet die Augen offen!

Um nicht zu deprimiert zu werden, während wir uns mit grenzüberschreitender Repression beschäftigen, beschlossen wir, einen neuen Blog zu erstellen, auf dem Aufrufe und Aktionen, die die europäische Sicherheitsarchitektur ins Visier nehmen, gesammelt werden. Mehr dazu auf http://outofcontrol.noblogs.org.

Netzwerk "Out of control"
outofcontrol@riseup.net



Aktionstag am 8. Mai 2010 am Tempelhofer Feld

RECLAIM TEMPELHOF

Am 8. Mai 2010 soll das Tempelhofer Feld unter dem schönen Motto "Bewegungsfreiheit" durch den Berliner Senat eröffnet werden. Dieser längst überfällige Schritt erfreut zunächst. Allerdings wird durch die Pläne des Senats weder Bewegungsfreiheit noch, wie von diesem oftmals suggeriert, ein Freiraum, gestaltet durch die Anwohner_innen, geschaffen. Stattdessen soll, designed von dem senatseigenen Unternehmen "Grün Berlin GmbH", ein Park mit Öffnungszeiten und nächtlicher Schließung, Parkordnung, Wachschutz, umringt von Stacheldraht und Sicherheitszaun mit fünf Toren als Ein- und Ausgang, installiert werden. Abgeschottet wird dieser Hochsicherheitspark dem Flächennutzungsplan zufolge von privaten Luxus- und Eigentumswohnungen, was hohe Profite für wenige verspricht und steigende Mieten sowie Verdrängung für viele bedeutet.

An dem Tag ist ebenfalls der 65. Jahrestag der Befreiung von Nazideutschland, allemal ein Grund zum Feiern. Zu Erinnern gilt es aber auch des Konzentrationslagers Columbia-Haus und der Rolle des Flughafens während des Zweiten Weltkrieges. Warum zur Eröffnung ausgerechnet der 8. Mai ausgewählt wurde und dadurch einer weiteren Geschichtsglättung Vorschub geleistet wird, diese Frage lässt der Senat unbeantwortet. Unzählige Menschen protestierten in den letzten Jahren, beispielsweise bei der versuchten Besetzung des ehemaligen Flughafengeländes Tempelhof am 20. Juni 2009, für ein schönes, selbstbestimmtes Leben für Alle und gegen eine Stadtumstrukturierung, deren oberstes Prinzip der Profit ist. Anscheinend war das, wie es die Pläne des Senats für das Tempelhofer Feld und Umgebung deutlich machen, noch nicht ausreichend. Deshalb kommt und beteiligt euch alle am 8. Mai am Aktionstag: "Reclaim Tempelhof! Nehmen wir uns die Stadt zurück?!" Bereitet euch vor und überlegt, wie ihr die Zeit auf Tempelhof verbringen wollt, insbesondere auch nach den offiziellen Schließzeiten. Bringt Instrumente, Schlafsäcke, Grills, Zelte, Soundsysteme, Bauwagen, Bolzenschneider, Pflanzen, Materialien zum Basteln und was ihr sonst noch so gebrauchen könnt, mit.

Wir wollen anfangen unsere Wünsche und Vorstellungen für das Tempelhofer Feld zu verwirklichen und die neoliberalen Pläne des Senats praktisch angreifen. Wir werden das Gelände nicht freiwillig zu einer vorgegebenen Zeit verlassen. Wir werden an dem Tag, wie auch in der Zeit davor und danach, den Zaun einreissen. Wir werden das Feld mit Freude, Zärtlichkeit, Kreativität, Sehnsucht, Wut, Lachen und Leben überfluten. Wir werden einen Freiraum gestalten, in dem Bewegungsfreiheit nicht bloß ein Werbe-Slogan ist. Die Zeit des Forderns ist vorbei. Freiheit entsteht als kämpfende Bewegung.

Achtet auf weitere Ankündigungen unter tempelhof.blogsport.de

RECLAIM TEMPELHOF | Nehmen wir uns die Stadt zurück?! | Wir bleiben Alle!

Abschiebehaft abschaffen!

Es gibt keinen Freitod hinter Gittern

Am 16.4.2010 starb erneut ein Mensch in Hamburger Abschiebehaft. Die 34jährige Yeni erhängte sich mit einem Gürtel in der JVA Hahnöfersand. Sie war seit dem 23.Februar 2010 inhaftiert, angeblich wegen "Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz". Vermutlich hielt sie sich ohne gültige Papiere in Hamburg auf. Dies ist in den Augen der Hamburger Behörden ein Verbrechen.

Yeni hat nichts anderes gemacht als sich das für deutsche PassbesitzerInnen selbstverständliche Recht auf Bewegungsfreiheit zu nehmen. Aber sie hatte Schlimmeres zu erleiden als das Warten deutscher TouristInnen auf europäischen Flughäfen, das z.Zt. die Medien füllt. Vermutlich hat sie, wie so viele andere MigrantInnen auch, hart und für zu wenig Lohn gearbeitet, wurde von Männern ausgebeutet und betrogen (laut Presse wurde sie "in einer Modelwohnung aufgegriffen", reiste "seit 1994 mehrfach mit verschiedenen Identitäten ein und war mit drei Deutschen verheiratet"). Seit fast zwei Monaten war sie in Untersuchungs- und dann in Abschiebehaft. Ihr Verbrechen war es, sich ein selbstbestimmtes Leben zu wünschen, in dem sie selbst entscheidet, wo sie lebt - nicht die Behörden.

Bereits am 7. März 2010 nahm sich David, ein junger Flüchtling, ebenfalls in Hamburger Abschiebehaft das Leben. Ihm drohte eine Abschiebung gemäß der europäischen Dublin II-Verordnung, weil er über Polen eingereist war - deshalb wurde es ihm hier verweigert, einen Asylantrag zu stellen.

Die Hamburger Regierung aus CDU und GAL hatte genügend Zeit, Konsequenzen aus dem Tod von David zu ziehen. Sie hätte somit den Selbstmord von Yeni verhindern können. Falls sie ihre rigide Abschiebepolitik nicht ändert, wird sie auch weiterhin die Verantwortung dafür tragen, wenn sich erneut Menschen in Haft aus Angst vor Abschiebung das Leben nehmen sollten. Das haben in den vergangenen 10 Jahren 23 Abschiebehäftlinge versucht.

Nach dem Suizid von Yeni bekräftigte der innenpolitische Sprecher der CDU, Kai Voet van Vormizeele, die Notwendigkeit "verbindlicher Maßnahmen in der Abschiebung" und erklärte, es sei nicht "akzeptabel, dass Menschen nur noch den Ausweg des Selbstmords sehen. Dies muss durch geeignete Maßnahmen verhindert werden." Das heißt: Noch mehr Abschiebehaft, Überwachung und Kontrolle statt Freiheit für die Inhaftierten.

Der verantwortliche Justizsenator Till Steffen (GAL) äußerte lauthals: "Der Selbstmord von Yeni P. hat mich tief getroffen". Dabei trägt seine Partei die Abschiebepolitik seit Jahren mit. Die GAL kündigte jetzt lediglich an, einen Runden Tisch einzurichten, um über "aktuelle Fragen rund um die Abschiebepraxis" zu reden. Aber statt zu reden, müssen endlich Konsequenzen gezogen werden:

Sofortige Abschaffung der Abschiebehaft und Freilassung der Inhaftierten! Rücktritt der verantwortlichen Senatoren Ahlhaus und Steffen!

Schluss mit der rassistischen Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!

Bewegungsfreiheit, Bleiberecht und gleiche Rechte für alle!

Redebeitrag auf der Demo am 24.05

Abschiebungen stoppen - Dublin II kippen

Dublin II, Flucht und Abschiebungen in einem Europe der Grenzen

Kampagne gegen Dublin-II-Abschiebungen nach Griechenland

Die aktuelle Situation erscheint uns den Versuch wert, mit einer mehrmonatigen Kampagne einem Grundpfeiler der EU-Flüchtlingspolitik auf die Pelle zu rücken: der Dublin II-Verordnung und hier zunächst den Abschiebungen von Deutschland nach Griechenland. Wir sehen eine reale Chance, das Bundesinnenministerium (BMI) mit einer inhaltlich wie praktisch gut vorbereiteten und breiter getragenen Kampagne in die Defensive zu drängen oder sogar die Aussetzung der Abschiebungen nach Griechenland zu erzwingen.

Zum Hintergrund des Kampagnenvorschlags

Ausgangspunkt ist zunächst eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit zu Griechenland, die bereits 2007 von Pro Asyl initiiert und kontinuierlich fortgesetzt wurde und die mit dem Nobordercamp auf Lesbos und den Bildern aus dem Internierungslager Pagani im letzten Jahr weitere Dynamik gewonnen hat. Nachdem bereits seit 2008 immer wieder Gerichte Abschiebungen nach Griechenland gestoppt hatten, hat ab September 2009 auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in mittlerweile neun Fällen die vorläufige Aussetzungen bestimmt. Frühestens im Sommer 2010 ist mit einer grundlegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu rechnen. Das BMI hält weiterhin mit Zähnen und Klauen an den Abschiebungen nach Griechenland fest. Denn wenn es gelingt, die Abschiebungspraxis in dieses - für die Vorverlagerung der Migrationskontrolle zur Zeit bedeutendste EU-Land an der südlichen Außengrenze - zu Fall zu bringen, gerät das gesamte Dublin-System in Frage. Das BMI hat unlängst die Landesinnenministerien davor gewarnt, den Vollzug der Abschiebungsbescheide des Bundesamtes auszusetzen, so wie Bayern und Baden-Württemberg dies bereits getan haben. Die z.T. höchstrichterlichen Entscheidungen seien als "Einzelfälle" zu betrachten.

Griechenland hatte 2009 Polen als Zielland Nr. 1 für Dublin-II-Rückschiebungen abgelöst. Fast 25 % der Überstellungsersuchen wurden 2009 an Griechenland gerichtet. Mittlerweile steht der Apparat zwar weitgehend still. Wer sich als Betroffener einen guten Anwalt leisten kann, braucht momentan kaum zu befürchten, nach Griechenland zurückgeschoben zu werden. Gleichwohl bleiben diejenigen gefährdet, die in Haft sind oder sich keinen Anwalt nehmen können. Bundespolizei und Behörden haben weiterhin den rechtlichen Spielraum, Rückschiebungen zu vollziehen und Haft zu verhängen. Zudem verlängert sich durch den Zwang, in jedem Einzelfall per Eilantrag gerichtlich vorzugehen, die Überstellungsfrist um sechs Monate und damit die Möglichkeit, die Abschiebungsdrohung aufrechtzuerhalten.

Eine offizielle Aussetzung der Abschungen nach Griechenland würde alle Flüchtlinge, die durch Griechenland eingereist sind, endgültig vor Rückschiebungen schützen. Auf europäischer Ebene hätte dies eine Signalwirkung, denn auch in einigen anderen EU-Ländern wackeln die Dublin-II-Abschiebungen nach Griechenland. Die aktuelle Entwicklung in Griechenland dürfte dazu beitragen, die brutale Sturheit des BMI öffentlich skandalisierbar zu machen. Zwar hat die neue griechische Regierung diverse Reformen versprochen, doch selbst wenn diese Pläne in den nächsten Monaten in neue Gesetze und Verordnungen münden, werden diese auf lange Zeit die katastrophale Lage in Griechenland nicht ändern. Bis die nötige Infrastruktur zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen ist, werden noch Jahre vergehen, zumal sich der griechische Staat am Bankrott entlang hangelt. Währenddessen setzt die Europäische Union auf weitere Vorverlagerung und Repression, um Flüchtlinge daran zu hindern, überhaupt Griechenland zu erreichen. Die Türkei als zentrales Transitland soll unmittelbar in die Migrationskontrolle eingebunden werden und in Griechenland wird in diesem Jahr die bislang größte Frontex-Operation starten. Die Situation wird absehbar erneut und weiter eskalieren, wenn im Frühjahr dennoch wieder Tausende in die Boote steigen, um auf die griechischen Inseln zu gelangen. So wichtig die Unterstützung der Flüchtlinge auf dem Weg nach und in Griechenland ist, so entscheidend ist gleichzeitig, dass sie sich innerhalb der EU weiter durchschlagen können.

Email und Faxkampagne

Die Praxis der Dublin-II-Abschiebungen in Deutschland, der treibenden Kraft der Vorverlagerungspolitik, weiter zurück zu drängen oder gar ganz auszuhebeln, erscheint uns insofern als eine vorrangige Aufgabe. Denn einerseits würden gerade wegen der zentralen Stellung Deutschlands andere Mitgliedsstaaten folgen und damit das Dublin II-System weiter erschüttern, andererseits ist die Situation der Flüchtlinge ein Resultat europäischer, nicht griechischer Politik, weswegen wir alle aufgefordert sind, uns für eine schnelle Änderung einzusetzen.

Das Bundesinnenministerium (BMI) in Berlin trägt die politische Verantwortung für die Dublin-Abschiebungen, denn von hier kommen die zentralen Weisungen. Was hier entschieden wird, setzen Bundesamt und Bundespolizei um. Hauptverantwortlich sind somit Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der zuständige Staatssekretäre Ole Schröder. Das Nürnberger Bundesamt für Migration führt die Oberaufsicht über Dublin II und bearbeitet Fälle mit grundsätzlicher Bedeutung. Verantwortlich sind hier einerseits der Bundesamtseiter Albert Schmid, aber auch die Dublin-Referatsleiterin Iris Escherle. Die konkreten Übernahmeersuchen organisiert in der Dortmunder Außenstelle das Referat 431 unter seinem Leiter Axel Christof, der als Hardliner bekannt ist. In einer Email- und Faxkampagne wollen wir diesen fünf maßgeblichen Personen in den nächsten Wochen möglichst nachhaltig deutlich machen, dass wir die Dublin II-Abschiebung insbesondere nach Griechenland nicht widerspruchslos hinnehmen und sie zur sofortigen Aufgabe dieser von ihnen zu verantwortenden Praxis auffordern. Dazu haben wir auf der Kampagnenwebseite (http://dublin2.info/faxkampagne/bmi/) zwei Beispiele vorformuliert, die ihre jeweiligen Ämter und Funktionen berücksichtigt. Wir bitten alle, sich ein wenig Zeit zu nehmen, und sich mit diesen Beispielen oder besser noch eigenen Schreiben an der Kampagne zu beteiligen. Anbei die jeweiligen Faxnummern und Emailadressen:

Thomas de Maizière:
Telefax 030/22776626, Email thomas.de-maiziere@bundestag.de
Ole Schröder:
Telefax 04101/585378,
Email ole.schroeder@wk.bundestag.de
Albert Schmid:
Telefax 0911/9431000, Email albert.schmid@bamf.bund.de
Iris Escherle:
Telefax 0911/9438095, Email iris.escherle@bamf.bund.de
Axel Christof: Telefax: 0231/9058199, Email axel.christof@bamf.bund.de

ANTI-ATOM

Da an der Menschenkette gegen atomanlagen am 24.4.2010 auch Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel mit ihren Parteien teilnehmen, dokumentieren wir an dieser Stelle einen aktuellen Text des Anti-Atom-Büro Hamburgs, welches statt zur Menschenkette zur Demo am AKW Krümmel mobilisiert.

Warum wir uns nicht an der Mobilisierung zur Menschenkette am 24.4.2010 beteiligen – und weiterhin die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen fordern

Ein Bündnis von rund zwanzig Gruppen ruft dazu auf, anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages am 24.4.2010 eine rund 120 Km lange Menschenkette vom AKW Brunsbüttel zum AKW Krümmel zu bilden. Rund ein Viertel der aufrufenden Gruppen sind Parteien bzw. de□ren Jugendorganisationen, allen voran SPD, Grüne und die Linke. Damit setzt sich ein neuer Trend in Teilen der Anti-AKW- Bewegung fort, der bereits bei der Auf□taktkundgebung des Castor 08 und der Großdemons□tration in Berlin 2009 zu beobachten war. Es ist der Trend, auf Parteien zuzugehen, ja Bündnisse mit ihnen einzugehen. Dies zu tun ist keineswegs Konsens in der Anti-AKW-Bewegung, und für uns absolut inakzepta□bel. Im vergangenen Jahr war es die Bundestagswahl, an der sich unsere Politik ausrichten sollte, nun steht die Mobilisierung zur Menschenkette im Zeichen der Landtagswahlen in NRW und dem für Herbst ange□kündigten Energiekonzept der neuen Bundesregierung. In den Worten der Aufrufenden steht die Bundesrepub□lik mal wieder „am energiepolitischen Scheideweg" und daher sei „ein spektakuläres Signal an die Bundesregie□rung und die Energiekonzerne" zu richten. Da machen wir nicht mit!

Nicht in unserem Namen

Offensichtlich muss an dieser Stelle noch einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, um wen es sich bei den aufrufenden Parteien handelt. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass der SPD-Parteivorsitzende Gabriel mit dem Müll des einen gescheiterten Endlagers (Asse) direkt das nächste, nämlich den Schacht Konrad, durchsetzen will. Und es sei weiterhin darin erinnert, dass die absurde gesetzliche Festlegung der AKW-Lauf□zeiten auf 32 Jahre (bzw. Reststrommenge) vor allem auf den Druck des ehemaligen SPD-Kanzlers Gerhard Schröder zurückzuführen ist und von der SPD auch heute nicht in Frage gestellt wird.

Die Grünen spielten schon bei der Durchsetzung des sog. Atomkonsenses eine entscheidende Rolle und haben sich bis heute immer treu an den damit fest□geschriebenen ungestörten Betrieb der Atomanlagen gehalten. Daneben wurde in der Amtszeit von Jürgen Trittin die Kapazität der Urananreicherungsanlage Gro□nau fast verdoppelt und der Bau von Zwischenlagern an fast allen AKWs beschlossen. Begründet wurden diese Zwischenlager mit der Befriedung der Anti-AKW-Be□wegung. Trittin war sich auch nicht zu schade, massiv gegen die Castorproteste 2001-2004 anzugehen.
Aus den Erfahrungen mit der SPD und ihrem unbe□dingten Willen zur parlamentarischen Zähmung gesell□schaftlichen Protestes unter anderem auch in den 70er Jahren warnten viele aus der Anti-AKW-Bewegung in den 80er Jahren vor der Gründung der Grünen Partei – die Geschichte hat ihnen Recht gegeben.

Um so ärgerlicher ist es, dass nun Menschen, die schon viele Jahre in der Anti-AKW-Bewegung engagiert sind, die all diese Debatten mitverfolgt haben, den Verlokkun□gen des Spiels mit der Macht von Parteien erliegen. Es mag sich gut anfühlen, sich so nah an den Schalthebeln der Macht zu wähnen oder auch nur ganz nah an den Ohren der „EntscheidungsträgerInnen" zu sein. Doch hier beginnt bereits das schleichende Gift der parlamen□tarischen Integration zu wirken, die letztlich lähmt und unfähig macht, jenseits parlamentarischer Mehrheiten zu denken und jenseits des parlamentarischen Zirkus eine eigene Bewegungspolitik zu entwickeln.

Genau das hat aber bisher die Stärke der Anti-AKW-Bewegung ausgemacht! In kaum einem anderen Poli□tikfeld ist der Schritt vom Erkennen eines Problems hin zur eigenen Intervention so kurz wie in der Anti-AKW-Bewegung. Intervention meint hier eine Politik in der ersten Person, ein aktives Eingreifen in den Normalbe□trieb dieser Gesellschaft. Egal, ob dies nun in Fußgän□gerzonen oder an den Schienen geschieht, die Tür wird aufgestoßen, sich mit Anderen zusammen zu tun und sich gemeinsam zu überlegen, wie die nächste Aktion aussehen kann. Probleme selbst erkennen und einschät□zen, uns selbst zu organisieren und den Gegenstand der Kritik aktiv angehen, das ist für uns der Kern von politi□scher Bewegung. Weder Parteien noch Gewerkschaften haben den Widerstand gegen die WAA Wackersdorf, das AKW Brockdorf oder die Castortransporte orga□nisiert. Sie waren hier und bei anderen Bewegungen immer erst dann zur Stelle, wenn es darum ging, die Bewegung wieder einzufangen und den Widerstand zu kanalisieren.

Um es deutlich zu machen: wir wollen nicht an Parteien appellieren, keine „spektakulären Signale" an sie senden. Wir wollen den Betrieb von Atomanlagen unmöglich machen! Dass dies kein MaulheldInnenentum ist, hat die Anti-AKW-Bewegung häufig genug in gewitzten Aktionen gezeigt. Hier fehlt eine Schraube, dortsitzt eine Rentnerin auf den Gleisen, und wenn nicht mehr als 10.000 PolizeibeamtInnen darauf aufpassen würden, kämen gar die Schienen abhanden. Allen Beteiligten ist dies klar, und nur deshalb ist der Betrieb von Atom□anlagen kein rein technisches sondern ein politisches Problem.

Der Normalbetrieb ist Störfall!

Jeden Tag werden große Gebiete in den Uranabbauge□bieten verseucht, jeden Tag werden an den WAAs Sella□field und La-Hague radioaktive Substanzen ins Meer ge□leitet, und jeden Tag wird neuer Atommüll produziert, für den es keine sichere Entsorgung geben wird. Wer die Betroffenen des Betriebs der Atomanlagen ernst nimmt, dem/der muss der Weiterbetrieb der Atomanlagen un□erträglich sein.

Die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit ist daher keineswegs eine leere Phrase, sondern die logische Konsequenz aus dem Betrieb der Anlagen. Wer den Weiterbetrieb unbefristet oder als Restlaufzeit getarnt befürwortet, wird von uns als politisches Gegenüber betrachtet, und damit zum Gegenstand unserer Politik und

AKTIONEN

30.03.2010 Krümmel

Atomkraftgegner haben in der Nacht den Schwertransport eines Transformators für das Atomkraftwerk Krümmel blockiert. Mehrere Aktivisten setzten sich mit der Parole ´Krümmel stilllegen - sofort!´ vor den LKW auf die Straße. Kurz vor dem Ziel krochen zwei Aktivisten unter den Tieflader und ketteten sich dort an.Der Protest richtet sich gegen die Wiederinbetriebnahme des Pannenmeilers an der Elbe:. ´Wir fordern, Krümmel nie wieder in Betrieb zu nehmen´, so Jan Becker von der Anti-Atom-Organisation contrAtom. ´

31.03.2010 Wendland

Gegen Endlagerpläne in Gorleben: Bauern-Blockade der Dömitzer Brücke!
25-30 Traktoren der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg haben am 31.3. die Dömitzer Brücke / Bundesstraße 191 für mehrere Stunden blockiert .Anlass sind die Pläne der Bundesregierung aus Gorleben ein Atommmüllendlager zu machen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hatte kurz zuvor die Genehmigung für den Weiterbau beantragt. "Das hier ist der kleine Auftakt unseres Protest", so ein Sprecher vor Ort. "Wir können auch anders!"

8.4.2010 La Hague

Am Donnerstag, den 8.April um 14:30 Uhr, ist es zwei Greenpeace-Aktivisten in der Nordsee vor der belgischen Küste gelungen, ein Transparent an der Seite der 'Kapitan Kuroptev' aufzuhängen. Das am Abend zuvor (07.04.10) mit Atommüll aus Frankreich im Hafen von Le Havre beladene Schiff befindet sich auf den Weg nach Russland. Das befestigte Transparent trug die Aufschrift "Russland ist kein Mülleimer".



Das unsichtbare Komitee: Der kommende Aufstand

In einer kollektiven Übersetzung aus dem Umfeld der Grundrisse

Vorbemerkung der Redaktion:

Das Buch L´insurrection qui vient [Der kommende Aufstand] wurde im Anschluss an die Krawalle in den Vorstädten vieler französischer Städte 2005 geschrieben im und im März 2007 vom Comité invisible [Das unsichtbare Komitee] veröffentlicht. Größere Aufmerksamkeit erlangte es durch die Festnahme der „Tarnac9", einer Gruppe von Menschen, die aus der Stadt aufs Land gezogen waren, und zwar nach Tarnac, einer kleinen Stadt in der Region des Zentralmassivs in Frankreich. Im November 2008 wurden sie beschuldigt, einen TGV-Zug mit sogenannten Hakenkrallen lahm gelegt zu haben (eine Technik, die in Deutschland als Widerstandsaktion gegen AKWs sehr beliebt war), außerdem wurde Julien Coupat, Mitherausgeber der Zeitschrift, beschuldigt L´insurrection qui vient geschrieben zu haben, was dieser abstritt, obwohl er zugab, ein Bewunderer des Textes zu sein. Schon vor dem Erscheinen der englischen Ausgabe, veröffentlicht im August 2009 unter dem Titel Coming Insurrection, erregte der Text Aufsehen durch eine unautorisierte Buchpräsentation in einer New Yorker Buchhandlung einschließlich Polizeieinsatz – außerdem malte derbekannte konservative Talkmaster Glenn Beck eine Bedrohung durch eine extreme Linke an die Wand, die zu den Waffen rufe. 'insurrection qui vient ist ein in anarchistisch-autonomen Vokabular verfasster und stark von situationistischen Anleihen geprägter Text, der auf Basis einer Analyse der herrschenden Gesellschaft zum organisierten Widerstand gegen diese aufruft – mit dem Ziel, den kommenden Aufstand vorzubereiten. Erste Ansätze für diesen machen die VerfasserInnen in den Revolten der letzten Jahre aus: etwa jener in den Banlieues oder auch der Anti-CPE-Bewegung in Frankreich, den Unruhen in Griechenland sowie dem „Schwarzen Frühling" in Algerien.
Wir haben uns zur Übersetzung und zum Abdruck des Vorworts aus der englischen Ausgabe von L'insurrection qui vient entschlossen, um den deutschsprachigen LeserInnen einen ersten Einblick in die Sprache und die Vorschläge des Comité Invisble zu geben. Dieses Vorwort entstand kurz nach den Unruhen in Griechenland im Dezember 2008 – und ist somit auch gegenwartsnäher als der Haupttext selbst. Das Vorwort wurde im Jänner 2009 erstmals veröffentlicht.
Egal von welchem Blickwinkel aus betrachtet, die Gegenwart lässt keinen Ausweg. Und das ist nicht der geringste ihrer Vorzüge. Denen, die vor allem auf der Suche nach Hoffnung sind, entzieht sie

jeden sicheren Boden. Jene, die beanspruchen Lösungen zu haben, werden nahezu sofort in Widersprüche verwickelt. Alle sind sich darin einig, dass alles nur noch schlimmer werden kann. „Die Zukunft hat keine Zukunft". Das ist die Weisheit eines Zeitalters, das trotz seines Anscheins von perfekter Normalität den Bewusstseinsgrad der ersten Punks erreicht hat.

Eine Klarstellung

Alle sind sich einig. Die Explosion steht bevor. In den Korridoren der Nationalversammlung wird dies mit ernster und selbstgefälliger Miene ebenso zugestanden, wie es gestern in den Kaffeehäusern weiter verbreitet wurde. Die Berechnung der Risiken bereitet ein gewisses Vergnügen. Wir werden bereits mit einer detaillierten Auflistung der vorbeugenden Maßnahmen zur Sicherung des Territoriums konfrontiert. Die Neujahrsfeierlichkeiten nehmen eine entscheidende Wende – „Nächstes Jahr wird es keine Austern geben, also genießt sie, solange ihr noch könnt!" Um zu verhindern, dass die traditionelle Unordnung die Feiern zur Gänze verdrängt, entsendet Alliot-Marie (der französische Innenminister) eilends 36.000 Bullen und 16 Hubschrauber – derselbe Clown, der sich während der SchülerInnen-Demonstrationen im Dezember zitternd nach den geringsten Anzeichen für eine griechische Verseuchung umsah, während er vorsorglich den Polizeiapparat in Bereitschaft brachte. Unterhalb des beschwichtigenden Dröhnens können wir den Lärm der Vorbereitungen auf den offenen Krieg täglich deutlicher wahrnehmen. Die kalte und pragmatische Implementierung dieses Krieges, der sich längst nicht mehr damit aufhält, sich als „friedenserhaltende Maßnahme" darzustellen, können wir unmöglich ignorieren.

Die Zeitungen listen die Ursachen für plötzliche Unruhen gewissenhaft auf. Da ist selbstverständlich die Finanzkrise mit ihrer boomenden Arbeitslosigkeit, ihrem Anteil an Hoffnungslosigkeit und Sozialplänen, ihren Skandalen à la Kerviel[1] und Madoff[2]. Da ist der Zusammenbruch des Bildungssystems und seine schwindende Produktion von ArbeiterInnen und BürgerInnen – selbst mit den Kindern der Mittelklasse als Rohmaterial. Da ist die Existenz einer Jugend ohne politische Vertretung, eine Jugend, die zu nichts anderem taugt als zur Zerstörung von Gratisfahrrädern, die ihr die Gesellschaft so gewissenhaft zur Verfügung stellt.

Keines dieser lästigen Sujets sollte unüberwindlich scheinen in einer Zeit, deren vorherrschende Regierungsform gerade im Krisenmanagement besteht. Es sei denn, wir berücksichtigen, dass die Macht nicht bloß einer weiteren Krise gegenübersteht noch auch einer Serie von mehr oder weniger chronischen Problemen, von mehr oder weniger erwarteten Unruhen, sondern dass sie mit einer einzigartigen Gefahr konfrontiert ist: dass nämlich eine Form des Konflikts und Positionen entwickelt wurden, die eindeutig nicht kontrollierbar sind.

Diejenigen, die diese Gefahr überall ausmachen, müssen sich mehr Fragen stellen als jene unbedeutenden Fragen nach den Gründen von oder Wahrscheinlichkeiten für unvermeidliche Bewegungen und Auseinandersetzungen. Sie müssen sich beispielsweise fragen, wie das griechische Chaos in der französischen Situation einen Nachhall finden kann. Eine Erhebung hier kann nicht die einfache Umsetzung dessen sein, was dort drüben geschah. Der globale Bürgerkrieg hat immer noch seine lokalen Besonderheiten. Eine Situation allgemeinen Aufruhrs würde in Frankreich die Explosion eines anderen Sinns bewirken.

Die griechischen AufrührerInnen stehen einem schwachen Staat gegenüber, während sie aus ihrer starken Popularität einen Vorteil ziehen können. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die Demokratie selbst auf der Grundlage einer Praxis politischer Gewalt erst vor dreißig Jahren gegen das Obristenregime wieder eingesetzt hat. Diese Gewalt, deren Erinnerung noch nicht in weite Ferne gerückt ist, scheint für die meisten GriechInnen weiterhin unmittelbar gegeben zu sein. Selbst die AnführerInnen der sozialistischen Partei haben in ihrer Jugend ein oder zwei Molotowcocktails geworfen. Doch ist die klassische Politik mit variants ausgestattet, die sehr genau wissen, wie sie diese Praktiken aufnehmen und ihren ideologischen Mist bis ins Herz des Aufruhrs ausweiten können. Wenn die griechische Schlacht nicht auf der Straße entschieden und niedergeschlagen wurde – die Polizei wurde sichtbar überlistet –, dann deshalb weil ihre Neutralisierung andernorts erreicht wurde. Es gibt nichts, was mehr Leere verbreitet, nichts Fataleres als diese klassischen Politiken mit ihren ausgehöhlten Ritualen, ihrem gedankenlosen Denken, ihrer kleinen geschlossenen Welt.

In Frankreich waren unsere hehrsten sozialistischen BürokratInnen niemals etwas anderes als verschrumpelte Schalen, die die Hallen der Nationalversammlung bevölkern. Alle verschwören sich miteinander, um selbst die geringste Form politischer Intensität zu vernichten. Das heißt, es ist immer möglich, die BürgerIn der bzw. dem Deliquenten gegenüberzustellen, und zwar in einem quasi-linguistischen Verfahren, das mit einer quasi-militärischen Operation einhergeht. Der Aufruhr vom November 2005 ebenso wie in einem anderen Kontext die sozialen Bewegungen im Herbst 2007 haben bereits mehrere Präzedenzfälle geschaffen. Das Bild rechter Studierender in Nanterre, die applaudierten, als die Polizei ihre KommilitonInnen von der Uni verwies, gibt einen flüchtigen Eindruck davon, was in Zukunft bevorsteht.

Es versteht sich von selbst, dass die Bindung der Franzosen und Französinnen an den Staat – der Garant universeller Werte, das letzte Bollwerk gegen die Katastrophe – pathologisch ist und sich kaum lösen lässt. Diese Bindung ist vor allem eine Fiktion, die nicht mehr weiß, wie sie fortgesetzt werden soll. Unsere Gouverneure selbst betrachten diese Bindung zunehmend als nutzlosen Balast, da sie den Konflikt immerhin für das halten, was er ist, nämlich ein militärischer. Sie haben keine Hemmungen, Elite-Antiterroreinheiten einzusetzen, um Aufruhre zu bändigen, oder um eine von ArbeiterInnen besetzte Wiederaufbereitungsanlage zu befreien. Während der Sozialstaat kollabiert, erleben wir das Auftauchen eines brutalen Konflikts zwischen denjenigen, die sich nach Ordnung sehnen, und denen, die das nicht tun. Alles, was die französische Politik zu deaktivieren vermochte, spielt sich gerade frei. Es wird ihr niemals möglich sein, all das zu verarbeiten, was sie verdrängt hat. Auf einer fortgeschrittenen Stufe sozialen Zerfalls können wir darauf zählen, dass die kommende Bewegung den notwendigen nihilistischen Atem finden wird. Das bedeutet nicht, dass sie nicht an andere Grenzen stoßen wird.

Revolutionäre Bewegungen finden nicht über Verseuchung, sondern über Resonanzen ihre Verbreitung. Etwas, das hier konstituiert wird, schwingt mit der Schockwelle mit, die von etwas, das sich anderswo konstituiert hat, ausgesendet wurde. Ein Resonanzkörper schwingt auf eine ihm eigene Weise mit. Ein Aufstand ist nicht vergleichbar mit einer Pest oder einem Waldbrand – ein linearer Prozess, der sich nach einem anfänglichen Zündfunken von einem Ort zum nächsten ausbreitet. Ein Aufstand nimmt eher die Form von Musik an, deren in Raum und Zeit verstreute Brennpunkte, es dennoch schaffen, den Rhythmus ihrer eigenen Vibrationen durchzusetzen, und zusehends an Dichte zu gewinnen. Bis zu dem Punkt, dass eine Rückkehr zum Normalen nicht länger wünschenswert oder vorstellbar ist.

Wenn wir vom Empire sprechen, benennen wir die Machtmechanismen, die präventiv und chirurgisch jedes revolutionäre Werden in einer Situation unterdrücken. In diesem Sinn ist das Empire kein Feind, der uns frontal gegenübersteht. Es ist ein Rhythmus, der sich aufzwingt, eine Weise, die Realität zu dispensieren und zu zerstreuen. Es ist weniger eine Weltordnung als deren traurige, wuchtige und militaristische Auslöschung.

[undsoweiter undsoweiter]

Eure Repression macht uns nur stärker

Wie schon Jahre zuvor versucht der deutsche Staatsapparat vor Großereignissen, wie dem aktuellen 1.Mai in Berlin, linksradikale Projekte, Gruppen, Bündnisse und Einzelpersonen einzuschüchtern. Dazu nutzen sie meist die Mittel der Razzien, öffentliche Kriminalisierung und Hausdurchsuchungen.

Auch in diesem Jahr, kurz vor dem 1.Mai, bekamen linke Projekte Besuch von der Polizei, darunter der bekannte Laden M99 in Kreuzberg (24. April 2010, 28.April 2010), der Buchladen Schwarze Risse in Kreuzberg und Prenzlauer Berg (19.April 2010, 24.April 2010, 29.April 2010), der Antifa-Laden Red Stuff (24.April 2010, 29.April 2010), der Server So36 (28.April 2010). Grund hierfür waren Antimilitaristische Schriften und eine Interim Ausgabe in der zu Straftaten aufgerufen wurde, bzw. in der eine Bauanleitung für Molotow-Cocktails zu finden sein soll.

Dies betraf in den meisten Fällen Objekte, die sich mit Razzien auskennen, doch auch Einzelpersonen stehen unter besonderer Beobachtung. In Berlin gab es daher schon erste „Gefährderansprachen" durch Mitarbeiter des LKA Berlin.

[...]

Indymedia:
http://de.indymedia.org/2010/04/279515.shtml

VOLXKÜCHE
staatl. anerk. Unruheherd
VOKÜS: 20 UHR
MONTAG (JEDEN 2. UND 4. IM MONAT)
DIENSTAG (AUSSER AM 1. IM MONAT)
MITTWOCH
DONNERSTAG
ALLE VEGAN/VEGETARISCH
AUSSERDEM:
ANTIFACAFE (JEDEN 1. FREITAG IM MONAT, 19 UHR)
ANTIRAKNEIPE (JEDEN 3. FREITAG IM MONAT, 19 UHR)
SEEMANNSSONNTAG (DONNERSTAG NACHMITTAGS, 15 UHR)
HAFENVOKUE@GMX.NET
HAFEN-STRASSE
116



Rote Flora im Mai

Sonntag, 02.05.2010 - Offener Hinterhalt
Im Mai wollen wir der Vokü ein neues Dach bauen und freuen uns über eure Unterstützung! Kommt vorbei, diesmal am 1. und am 2. Mai (Samstag und Sonntag), *Beginn: 14 Uhr*

Montag, 03.05.2010 - Konzert
Radio Gagarin präsentiert:)-e-(nigmaplasme & x-navi:et (psychedelischer drone ambient/usa-polen), Allseits (dark ambient/bremen)
The Insomniac City Cycles (musikfilm, israel/china 2009, von ran slavin)
Balz Isler (elektro-akustische soundscapes/berlin)
Einlass: 21 Uhr

Donnerstag, 06.05.2010 - Konzert
AGRIMONIA Crust/Metal aus Göteburg, Schweden
+ POST WAR PERDITION Nuclear Metal Punk aus Berlin
Einlass: 21 Uhr Beginn: 22 Uhr

Freitag, 07.05.2010 - Electro/Techno-Party
Subspace. Mehr Infos siehe weitere Ankündigungen!!
Einlass: 23 Uhr

Samstag, 08.05.2010 - Antifa-Gala zum Tag der Befreiung
Stoecker Stereo, funkycoolmartina, Droh34, DJ Glück, USP-Lounge, Punk-und-Spiele-Floor
Einlass: 22 Uhr

Sonntag, 09.05.2010 - Antisexismuscafe
mit HipHop, Punkrock
Beginn: 16 Uhr

Freitag, 14.05.2010 - Solikonzert und Party
für Antira-Kongress in HH u. antirassistisches Kulturfestival in LG:
floor one: Früchte des Zorns (Poesie der Subversion, der Verweigerung, der Revolte und des Aufbruchs), Conexión Musical (DIY - autonom, Hip Hop/Rap), Blickwinkel (verträumt-wütend), Guts Pie Earshot (Drums 'n' Cello – breakbeat punk jazz), danach Musik vom Tellerrand (Balkan-Beat)
floor two: Hip Hop / Dubstep / Drum 'n' Bass
floor three: Chill Out: Infostände, Filme und Musik: No*Border-Soundsystem (Rocksteady, Soul und Riotska)
Einlass: 20 Uhr Beginn: 21 Uhr

Sonntag, 16.05.2010 - Konzert
TimTimTonTraeger präsentiert: Sitignoise MMX aus Liverpool (noisey folky experimental hook based music), Barberos aus Liverpool. (noisey HipTrashHop/Jazzcore)
Einlass: 21 Uhr

Mittwoch, 19.05.2010 - Konzert
MOLOKEN Doom aus Umea, Schweden + support
Einlass: 21 Uhr Beginn: 22 Uhr
Donnerstag, 20.05.2010 - Subspace
Einlass: 23 Uhr

Samstag, 22.05.2010 - Soliparty
Soliparty für das unkommerzielle Verleihprojekt „Alles für Alle"
Einlass: 20 Uhr

Dienstag, 25.05.2010 - Dub Cafe Jam
Beginn: 20 Uhr

Donnerstag, 27.05.2010
KPD proudly presents KFF @ Rote Flora
In der Roten Flora gibt es ein neues Projekt: Kultur Politik Dekadenz der Name wird Programm sein. Wir freuen uns, dass die Auftaktveranstaltung das Warm-up fürs 26. Internationale Kurzfilmfestival Hamburg sein wird. Zu sehen gibt es ein Best-of vergangener und aktueller Festivalbeiträge!
Beginn: 19.30h

Samstag, 29.05.2010 - Rote Flora forever-Soli-Party
BRAINSTORM
KiEw / out of line
incite/ / AV / hands
Taciturn Redux vs. Soeur Estaque Immakulata / tut/rur
SaturmZlide / fich-art / aztralcazino tonträger
Mutterkorn / brainstorm / lordraimfoundation
Punisher / acidwars / brainstorm
T.A.G. / tresor berlin / basstard sound crew
B_Raute / basstard sound crew
BRAINCORE
GoA / terrornoize industry rec.
Moleculez / the devil's brood
Inkubator & Niemahnt / -HN-
Jealousy / schlachthof productions
ARG / beatbrothers / swiss
The Meat Freak vs. Nelis / nordcore
DemonLaw / hamburg hardcore
Dj JigSaw / hamburg hardcore
CraP_cillA / mental arrested / coreboard
Raum Drei
Ma-Cell / nightbeats / partisan nord
Tails / auf die ohren
Kurt Raschel & Dirty Barrow / electro fantasma
M.O.M.O & Kristellar / etb / ill / oscom
Bella / electro fantasma
Der Schuh / electro fantasma

Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Kochsession veganes essen (1.&3.), ab 19 Uhr, (essen ab 21 uhr)
offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen, ab 18 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt, 18:30-21 Uhr
Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007, 15-20 Uhr
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: Punk Café, ab 19 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes essen ab 20 Uhr
1. Sonntag im Monat Offener Hinterhalt 16-22 Uhr